Hallesche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1910. Nr. 78. Jahrgang 203.

Bezugspreis für Halle u. Vororte 2,40 Mk., durch die Post bezogen 3 Mk für das Vierteljahr. Die Hallesche Zeitung erscheint wöchentlich zwölf mal. — Gratis-Beilagen: Hallescher Courier (illst. Feuilletonbeil.), Ill. Unterhaltungsblatt (Sonntagsbeil.), Landw. Mitteilungen.

Zweite Ausgabe

Anzeigegebühren f. d. sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum f. Halle u. den Saalkreis 20 Pfg., außerhalb 30 Pfg. Reklamen am Schluß des redaktionellen Teils die Zeile 100 Pfg. Anzeigen-Annahme b. d. Expedition in Halle a. S. u. bei allen bekannten Annoncen-Expeditionen.

Geschäftsstelle in Halle a. S.: Leipzigerstraße 87. Hinterhaus. Eing. Gr. Brauhausstr. Telephon 158; Redaktions-Telephon 1272. Chefredakteur: Dr. Walther Gebesleben in Halle a. S.

Mittwoch, 16. Februar 1910.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburgerstraße 30. Telephon Amt VI Nr. 16 290. Druck und Verlag von Otto Thiele in Halle a. S.

Deutsches Reich.

* **Die neue Kriegsverpflegungsvorschrift.** Ueber die neue Kriegsverpflegungsvorschrift, die vom Kaiser genehmigt worden ist, wird uns von militärischer Seite geschrieben: Sie enthält mehrfache bedeutsame Aenderungen, die einen Fortschritt gegenüber der früheren Kriegsverpflegungsvorschrift bedeuten. Die eisernen Portionen der Kavallerie sind um eine dritte an Fleisch- und Gemüsekonserven vermehrt worden. Die Kavallerie bringt ihre eisernen Portionen in den Packtaschen unter, während sie eine Portion stets auf dem Lebensmittelwagen hat. Die Feldküchen werden ständig vermehrt. Bei den Truppenteilen, welche Feldküchen bereits haben, wird von den drei eisernen Portionen der Fußtruppen eine in der Feldküche untergebracht, während zwei sich im Tornister befinden. Wo Feldküchen noch nicht vorhanden sind, wird ein zweispänniger Wagen in die große Bagage eingestellt, auf dem die dritten Portionen der Fußtruppen weggeschafft werden. Die Unterbringung der Konserven ist gleichzeitig geändert worden. Das Brotbacken ist wegen der eigenartigen Konstruktion der Feldöfen nicht mehr gestattet. Die Sätze für die zur eisernen Portion gehörenden Lebensmittel sind durch die neue Kriegsverpflegungsvorschrift nicht geändert worden. Ein wesentlicher Zusatz besteht nur in der Hinzufügung von 200 Gramm Nudeln, da in das Einerlei der Fleisch- und Gemüsekost dadurch Abwechselung durch Mehlspeisen gebracht wird. Das Beköstigungsgeld, das mit dem Tage der Mobilmachung den Truppen zusteht, ist durch einen Zuschlag um 10 Proz. erhöht worden und kann den verheirateten Offizieren und Unteroffizieren für die Zeit vom ersten Mobilmachungstage bis zum Tage des Ausrückens aus dem Standorte gewährt werden. Falls die Beköstigung der Truppen im Feindesland durch Beitreibungen geschehen muß, so dürfen diese nur unter der Leitung von Offizieren erfolgen. Selbstverständlich ist in Fällen, wo, wie z. B. bei Patrouillen ein Offizier nicht anwesend ist, eine Ausnahme gestattet. Im allgemeinen sollen aber diese Vorschriften sehr streng genommen werden, um allen Klagen vorzubeugen. Die Verteilung der beigetriebenen Nahrungsmittel an die Truppen und die Bestimmung der Portionssätze geschieht nach der neuen Verpflegungsvorschrift nicht mehr von den kommandierenden Generälen, sondern von den Armeekorps. Dadurch ist eine einheitliche Verteilung der beschafften Lebensmittel gewährleistet, falls, wie es häufig im Felde vorkommt, die volle Beköstigungsration, die dem einzelnen Mann eigentlich zustehen, nicht gewährt werden kann. Eine Erhöhung der Ration von Fall zu Fall kann jedoch der kommandierende General anordnen. Einen ganz besonderen Vorzug gewährt das neue Kochgeschirr, das aus Alluminium gefertigt ist. Während nämlich bisher der Soldat Messer und Gabel kaufen oder ganz entbehren mußte, ist bei dem neuen Kochgeschirr Löffel und Gabel vorhanden. Die beiden Eßwerkzeuge sind durch eine sinnreiche Vorrichtung mit dem Kochgeschirr fest vereinigt. Auch sonst zeigt das neue Kochgeschirr mehrere Vorzüge. Diese Punkte stellen die Hauptunterschiede der neuen Kriegsverpflegungsvorschrift zu der früheren dar.

* **Die Reisekosten der Staatsbeamten.** Dem Abgeordnetenhause ist der Entwurf über die Reisekosten der Staatsbeamten zugegangen. Danach betragen die Tagegelder bei Dienstreisen für aktive Staatsminister 35 Mk. für Beamte der ersten Rangklasse 28 Mk., der zweiten und dritten Rangklasse 22 Mk., der 4. und 5. Rangklasse 15 Mk., für Beamte, die nicht zu den vorstehenden Kategorien gehören, soweit sie bisher zu diesem Satze berechtigt waren, 12 Mk., für Subalternbeamte 8 Mk., für andere Beamte, soweit sie bisher zu diesem Satze berechtigt waren, 6 Mk., im übrigen 4 Mk.

* **Prinz und Prinzessin Heinrich von Preußen** sind nach einer guten Ueberfahrt am gestrigen Dienstag um 6 Uhr abends in Queenborough angekommen. Sie setzten die Reise nach London im Sonderzuge fort und trafen dort kurz nach 7¼ Uhr abends ein. Am Bahnhofe waren der Prinz und die Prinzessin von Wales und Prinz Alexander von Battenberg, der deutsche Botschafter Graf Wolff-Metternich und das Personal der Botschaft zur Begrüßung erschienen.

* **Aus der Diplomatie.** Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" schreibt: Wie wir hören, hat sich der Kaiserliche Gesandte in Brüssel, Graf von Wallwitz, durch seinen Gesundheitszustand veranlaßt gesehen, sich ins Privatleben zurückzuziehen. Nach fast zehnjähriger erfolgreicher Tätigkeit in Brüssel wird sein Ausscheiden aus dem Reichsdienste im Auswärtigen Amte mit lebhaftem Bedauern begleitet. Als Zeichen äußerer Anerkennung für die von ihm geleisteten Dienste hat ihm der König den Roten Adlerorden erster Klasse mit Eichenlaub verliehen. Zu seinem Nachfolger ist der Gesandte und vortragende Rat bei der politischen Abteilung des Auswärtigen Amtes v. Flotow in Aussicht genommen. Er wird im Auswärtigen Amt durch den Königl. Gesandten in Weimar, Grafen Botho v. Wedel, ersetzt werden. Den erledigten Posten des ersten Sekretärs bei der Gesandtschaft in Brüssel hat der bisherige zweite Sekretär derselben Gesandtschaft, Legationsrat v. Schwartzenfeldt, erhalten. Dem Kaiserlichen Ministerresidenten a. D. Freiherrn v. Mutzenbacher ist der Rang und Titel eines Kaiserlichen Gesandten verliehen worden.

* **Bei der gestrigen Reichstagsersatzwahl** im Wahlkreise Köln 6 (Mülheim-Gummersbach-Wipperfürth) haben erhalten Oberlandesgerichtsrat Marx (Ztr.) 20 367 Stimmen, Schriftsteller Erdmann (Soz.) 10 927 Stimmen, Rechtsanwalt Falk (natl.) 8461 Stimmen, Pfarrer Hoemann (christl.-soz.) 1124 Stimmen. Zersplittert waren 32 Stimmen. Es ist Stichwahl zwischen Marx und Erdmann erforderlich.

* **Eine Wahlrechtskundgebung in München.** Vor dem preußischen Gesandtschaftshaus in München wurde in der Nacht zum Dienstag eine Wahlrechtskundgebung veranstaltet.

* **Die Schiffahrtsabgaben.** Entgegen anderweitigen Meldungen teilt der „Schwäbische Merkur" mit, daß die Verhandlungen über die Schiffahrtsabgaben mit dem Auslande erst eingeleitet werden sollen, wenn die Frage im Deutschen Reiche ihre Erledigung gefunden hat. Ueber die Form, die der Gesetzentwurf über die Schiffahrtsabgaben auf Grund des Beschlusses des Bundesrats vom 2. Februar im einzelnen erhalten soll, sind in Berlin in letzter Woche kommissarische Verhandlungen gepflogen worden, die einen befriedigenden Verlauf genommen haben.

Nach einer Meldung aus Brünn nahm der mährische Landtag eine Resolution an, in welcher die Regierung aufgefordert wird, die Aufhebung der freien Elbschiffahrt nicht zuzulassen und der Erhebung von Abgaben auf der Elbe nicht zuzustimmen.

* **Ueber die geplante Ausdehnung der Unfallversicherung im Handelsgewerbe** schreibt man uns: Nach dem Gesetz über die Gewerbe-Unfallversicherung sind Lagerungsbetriebe in Verbindung mit einem Handelsgewerbe versicherungspflichtig, wenn dessen Inhaber im Handelsregister eingetragen ist. Durch diese Regelung sind erhebliche Schwierigkeiten entstanden, denn eine Abgrenzung des Lagerungsbetriebes von dem zugehörigen Handelsgewerbe und damit der versicherungspflichtigen von der nicht versicherungspflichtigen Tätigkeit stößt auf unüberwindliche Schwierigkeiten. Außerdem sind die Betriebe der Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften im Genossenschaftsregister und nicht im Handelsregister eingetragen. Es soll daher anstelle der rein formalen Abgrenzung in Zukunft eine sachliche treten, bei der die Eintragung in das Handelsregister ganz in Fortfall kommt. Entscheidend soll sein der Umfang des Betriebes, indem alle diejenigen Unternehmungen für versicherungspflichtig erklärt werden, die über den Umfang des Kleinbetriebes hinausgehen. Um aber auch die Schwierigkeiten der Abgrenzung zwischen versicherter und unversicherter Tätigkeit zu beseitigen, sollen in den gesetzlichen Bestimmungen durch die Reichsversicherungsordnung anstelle der Lagerungsbetriebe solche Betriebe treten, die der Behandlung und Handhabung von Waren dienen, falls sie mit einem kaufmännischen Unternehmen verbunden sind. Hierdurch werden nicht nur die eigentlichen Lagerungsarbeiten, sondern auch die ähnlichen Arbeiten des zugehörigen kaufmännischen Unternehmens der Versicherungspflicht unterstellt. Durch diese Aenderungen werden dann auch in Zukunft die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften, die sich mit der Behandlung und Handhabung von Waren befassen, versicherungspflichtig sein.

* **Der Wert der deutschen Einfuhr** belief sich im Januar 1910 auf 681,09 Millionen Mark, der Wert der deutschen Ausfuhr auf 542,8 Millionen Mark. Im Vorjahre betrug die Einfuhr 616,2, die Ausfuhr 466 Millionen Mark. Außerdem wurden für 13,9 Millionen Mark Edelmetalle eingeführt, für 6,6 Millionen Mark ausgeführt gegen 14,3 und 22,5 Millionen Mark im Vorjahre.

* **Die amerikanische Ausstellung in Berlin.** Aus Washington wird uns gemeldet: Das Staatsdepartement hat den Mitbesitzer der Milwaukee „Abendpost", Brumber, zum Generalkommissar für die amerikanische Ausstellung in Berlin ernannt. zu Kommissaren Hermann Metz, John Osborne, Chef des Handelsbureaus des Staatsdepartements, Laughlin, Sekretär bei der amerikanischen Botschaft in Berlin, Hughmiller, Anwalt in New-York. Als Eröffnungstag ist der 4. Juli, der amerikanische Nationalfeiertag, bestimmt worden.

Deutscher Reichstag.

36. Sitzung vom 15. Februar, 1 Uhr.

Am Bundesratstisch: Sydow, Velsen, v. Arnim.

Die erste Lesung des

Kaligesetzes

wird fortgesetzt.

Abg. **Ricklin** (Elf.-Lothr. Ztr.): Die Vorlage hat im Reichslande unliebsames Aufsehen erregt. Tritt sie in Kraft, so können unsere Kalischätze nicht gehoben werden. Wir sind gegen ein Monopol, das privaten Produzenten die Möglichkeit geben soll, ihre Produkte möglichst teuer zu verkaufen.

Abg. **v. Damm** (wirtsch. Vgg.): Der Entwurf ist nicht ohne Bedenken, aber die Kaliindustrie nimmt eine Ausnahmestellung ein. Ein Staatsmonopol verbunden mit Ausfuhrzoll würde noch bedenklicher sein. Wir sind für Einsetzung einer Kommission von 21 Mitgliedern.

Abg. **Werner** (D. Refpt.): Die Amerikaner dürfen unsere deutsche Kaliindustrie nicht totmachen. In dieser Richtung muß die Kommission in erster Linie Schutzmaßregeln treffen.

Abg. **v. Dannenberg** (d. k. F.): Hannover ist an der Kalifrage besonders interessiert. Man glaube aber nicht, daß in der Kaliindustrie nur eine Handvoll Millionäre in Betracht kommen. Viele Kuxen und Aktien sind im Besitz kleiner Leute. Die harten Urteile über Schmidtmann vergessen, daß es sich nicht um einen Deutschen handelt. Dem Eindringen des amerikanischen Kapitals muß vorgebeugt werden.

Abg. **Brandys** (Pole): Unsere Bauern haben mit mancherlei Schwierigkeiten zu kämpfen. An der Erhaltung des Bauernstandes haben wir aber alle ein Interesse. Man schaffe ihm also wenigstens billige künstliche Düngemittel. Die gegen die Vorlage erhobenen Bedenken werden sich wohl zerstreuen lassen.

Rechte und Zentrum beantragen Schluß der Debatte. Der Antrag wird gegen die Stimmen der Freisinnigen und Sozialdemokraten angenommen. Die Vorlage geht an eine Kommission von 28 Mitgliedern.

Es folgt die erste Lesung des

Stellenvermittlungsgesetzes.

Staatssekretär Dr. **Delbrück:** Das Stellenvermittlergewerbe hat in den letzten 20 Jahren überraschende Bedeutung genommen. Freizügigkeit, Eisenbahnverkehr, Saisonarbeit — dies alles drängt zu einer Beaufsichtigung der Stellenvermittlung auf öffentlich-rechtlicher Grundlage. Man verlangt den obligatorischen paritätischen Arbeitsnachweis. Die verbündeten Regierungen glauben aber die Zeit für einen Zwangsarbeitsnachweis mit paritätischer Verwaltung auf öffentlich-rechtlicher Grundlage noch nicht gekommen. Die zwangsweise Beseitigung des privaten Stellenvermittlergewerbes würde ein Vakuum schaffen, und die bestehenden obligatorischen Arbeitsnachweise genügen nicht immer. Es war also die private Stellenvermittlung nur bestimmten Beschränkungen zu unterwerfen. Sie soll von behördlicher Genehmigung abhängig sein und diese soll nur gewährt werden, wenn öffentliche und gemeinnützige Arbeitsnachweise nicht vorhanden sind. Aber auf diesem Wege werden wir umfassende Einblicke in dieses Gewerbe gewinnen und feststellen können, wenn und ob die Arbeitsnachweise in einer Weise betrieben werden, die gegen die guten Sitten verstößt, oder den bestehenden Gesetzen widerspricht. Ich hoffe, Sie können der Vorlage in der bestehenden Fassung zustimmen.

Abg. Dr. **Pfeiffer** (Ztr.): Die gesetzliche Regelung dieser Materie ist oft gefordert worden und die Vorlage bringt einen Fortschritt. Wenn diese Regelung aber den Landeszentralbehörden überlassen wird — die Vorlage sagt, diese Behörden können — ja, das können ist doch so eine Sache. (Heiterkeit.) Die Vorlage ist zu verschärfen. Die private Stellenvermittlung muß allmählich verschwinden.

Abg. Dr. **Wagner** (konf.): Wir begrüßen die Vorlage und erkennen an, daß sie berechtigten Ansprüchen genügt. Der Nachweis des Bedürfnisses liegt gerade im Interesse der Stellenvermittler. Mit den Grundzügen des Entwurfs sind wir einverstanden und stimmen für Ueberweisung an eine Kommission von 21 Mitgliedern.

Abg. **Wölzl** (natl.) dankt der Tätigkeit des Zentralverbandes der deutschen Arbeitsnachweise, der mit dem von ihm beschafften Tatsachenmaterial der gesetzlichen Regelung vorgearbeitet habe. Die vorliegenden Mißstände schreien nach gesetzlicher Regelung. Wenn z. B. Theateragenturen 5 Prozent der Gage für die gesamte Dauer des Engagements als Vermittelungsgebühr erheben, so geht das doch zu weit. Der Entwurf schafft ein Uebergangsstadium, das auf den paritätischen Arbeitsnachweis vorbereiten möge.

Abg. **v. Payer** (südd. Vp.) steht der Vorlage freundlich gegenüber. Bedenklich ist freilich die Aufwerfung der Bedürfnisfrage. Man gebe sich jedenfalls nicht rettungslos in die Hand der öffentlichen Nachweise, so lange die immerhin schwierige Stellenvermittelung von Privaten musterhaft durchgeführt wird. Hinsichtlich des Bedürfnisses sollte man Vertreter von Arbeitgebern und Arbeitnehmern hören. Hinsichtlich der Gebühr gebe man mehr Freiheit. Die Strafen können abgeschwächt werden. Der Stand der Stellenvermittler darf nicht erdrosselt werden.

Abg. **Brühne** (Soz.): Die Vorlage geht in verschiedenen Punkten uns noch nicht weit genug. Die Ausbeutung der Gastwirtsangestellten durch die Stellenvermittler grenzt zuweilen direkt an Wucher.

Abg. **Kulerski** (Pole) hat gegen den Entwurf schwere Bedenken, da bei der Konfessionspflicht Polen doch stets übergangen werden.

Abg. Dr. **Burckhardt** (wirtsch. Vgg.): Wir sind mit der Vorlage zufrieden. Ohne feste Taxe werden wir nicht auskommen. Namentlich bei Gastwirten sind schwere Mißstände zu beseitigen.

Die Besprechung schließt. Die Vorlage geht an eine Kommission von 21 Mitgliedern. Das Haus vertagt sich.

Mittwoch: Arbeitskammergesetz.

Schluß 5½ Uhr.

Ausland.

König Ferdinand in Petersburg. König Ferdinand von Bulgarien wird am 25. Februar in Petersburg erwartet. Es ist dies der erste der offiziellen Besuche des Königs an den europäischen Höfen. Angesichts der österreichisch-russischen Annäherung und der Balkankrise darf diesem Besuche eine große Bedeutung beigelegt werden.

Das englische Parlament ist am gestrigen Dienstag förmlich eröffnet worden. Im Unterhause wurde Lowther zum Sprecher wiedergewählt. Alsdann vertagte sich das Haus auf heute. — Die königliche Sanktion der Wahl Lowthers wird dem Unterhause heute bekannt gegeben werden und die Mitglieder werden sodann den Huldigungseid leisten. Da diese Zeremonie den größten Teil der Woche in Anspruch nehmen wird, so wird die Thronrede nicht vor dem 21. d. Mts. zur Verlesung gelangen.

Gladstone zum Peer ernannt. Nach einer Meldung aus London ist der frühere Staatssekretär des Innern, Gladstone, der vor kurzem auf den Posten des Generalgouverneurs der Südafrikanischen Union berufen wurde, zum Peer ernannt worden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191002162-17/fragment/page=0001

Die kretische Frage.

In der italienischen Deputiertenkammer richtete zum Schlusse der Sitzung am Dienstag ein Abgeordneter eine Anfrage an die Regierung über die kretische Frage. Minister des Auswärtigen Guicciardini gab hierauf einen Rückblick über die letzte Phase dieser Frage und führte sodann aus:

Die Lage habe nicht nur im Interesse des allgemeinen Friedens, sondern auch in dem besonderen Interesse Griechenlands verdient, in Erwägung gezogen zu werden, und die vier Schutzmächte, die ihre Aufgabe in einem raschen Austausch von Noten erfüllt hätten, hätten sich dann in Uebereinstimmung befunden, daß sie die Notwendigkeit eines gemeinsamen diplomatischen Vorgehens bei der kretischen Regierung erkannt hätten. Die Intervention der Schutzmächte sei nicht ohne Wirkung geblieben. Die griechische Regierung habe den Schutzmächten und der ottomanischen Regierung notifiziert, daß die Einberufung der Nationalversammlung nur friedliche Zwecke und eine Versöhnung in der inneren und der internationalen Politik verfolge. Unsere Haltung, fuhr der Minister fort, bestand darin, in Uebereinstimmung mit Frankreich, Großbritannien und Rußland vorzugehen. Man weiß, daß Oesterreich-Ungarn und Deutschland sich seit mehreren Jahren von den Verbindungen bezüglich der Kretafrage fernhalten, wenn sie auch von denselben Gefühlen beseelt werden wie die anderen Mächte. Unsere Gefühle und unsere Interessen rieten und aber zu diesem einmütigen Vorgehen. Unsere Gefühle führen uns dazu, das neue Regime in der Türkei und die schrittweise Besserung in Griechenland mit gleicher Sympathie zu betrachten. Unsere Interessen rieten uns noch mehr, in Uebereinstimmung mit den anderen Mächten vorzugehen. Die Meinung ist hinfort in dem Gewissen Italiens fest begründet, daß der höchste Zweck unserer Politik, nämlich die Aufrechterhaltung des internationalen Friedens, im gegenwärtigen Augenblick nur durch Wahrung der Lage im europäischen Orient erreicht werden kann. Jedes Vorgehen, das dahin zielt, diese Lage zu befestigen, muß unsere diplomatische Unterstützung finden, wie wir jedem Vorgehen entgegentreten werden, das die Lage außerhalb des Konzerts der Mächte ändern will. Ich bin fest davon überzeugt, daß wir durch unser gemeinsames Vorgehen mit Frankreich, Großbritannien und Rußland zu gleicher Zeit unseren Gefühlen und unseren Interessen gehorcht und an der Aufgabe des Friedens und der Zivilisation mitgearbeitet haben.

*

Die Unruhen in Canton. Das englische Auswärtige Amt erhielt ein Telegramm des britischen Generalkonsuls in Canton, nach dem die dortigen Unruhen nur lokalen Charakter haben und die Ausländer nicht gefährdet sind.

Die große landwirtschaftliche Woche.

Berlin, 15. Februar.

Im Plenarsitzungssaale des preußischen Herrenhauses trat heute vormittag unter ungemein zahlreicher Beteiligung seiner Mitglieder und von Regierungsvertretern aller deutschen Bundesstaaten und der Freien Städte, sowie der amtlichen Beauftragten der landwirtschaftlichen Zentralstellen des ganzen Reiches der Deutsche Landwirtschaftsrat zu seiner 38. Plenarversammlung zusammen. Auch der Kaiser wird an zwei Tagen den Verhandlungen beiwohnen, die sich um wichtige und allgemein interessante Fragen drehen. So steht der neue amerikanische Zolltarif, der Kaligesetzentwurf, das Stellenvermittlungsgesetz und der deutsche Heeresersatz zur Erörterung; ferner die Aussichten und Aufgaben des südwestafrikanischen Ackerbaues und die Geschichte und Bedeutung der Elektrokultur, die durch die jüngst erfolgte Schaffung zahlreicher Ueberlandzentralen zurzeit im Mittelpunkte des Interesses steht. Zu den Verhandlungen über die Aussichten und Aufgaben des Ackerbaues im Norden von Südwestafrika hat Staatssekretär Dernburg sein Erscheinen zugesagt. Den neuen Zolltarif der Vereinigten Staaten und die Stellung der deutschen Landwirtschaft hierzu wird Graf von Kanitz (Podangen) besprechen, während zum Kaligesetzentwurf Dr. Nöticke, Gärsdorf, und Oekonomierat Dr. Rabe, Halle, als Referenten bestellt sind.

Der Vorsitzende Graf von Schwerin-Löwitz eröffnete die Verhandlungen mit einem Hoch auf den Kaiser, die deutschen Bundesfürsten und die Freien Städte. Es folgte hierauf die Konstituierung des Präsidiums. Zum ersten und Hauptpunkt der heutigen Tagesordnung: „Der neue Zolltarif der Vereinigten Staaten und die deutsche Landwirtschaft" unterbreitet der Referent, Kammerherr Graf von Kanitz, Podangen, der Plenarversammlung folgenden Antrag: „Die auf Grund des Gesetzes vom 5. Februar 1910 mit dem Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika getroffene Vereinbarung betreffend die Anwendung der in Abschnitt 1 des amerikanischen Zolltarifgesetzes vom 5. August 1909 vorgesehenen Zollsätze auf die deutschen Einfuhrwaren erscheint nicht ausreichend, um die Gefahren und Belästigungen abzuwenden, mit welchem die deutsche Exportindustrie infolge der vielfachen Zollerhöhungen des amerikanischen Tarifs und durch die Verschärfung der zugehörigen Verwaltungsvorschriften bedroht ist. Es wird eine der vornehmsten Aufgaben der Regierung sein, auf eine Revision des amerikanischen Zolltarifgesetzes behufs Herstellung angemessener Zollsätze und Milderung der Verwaltungsvorschriften hinzuwirken." Graf von Kanitz führt aus: Die weitaus wichtigste aller schwebenden Fragen ist die, wie sich unsere handelspolitischen Beziehungen zu Amerika gestalten sollen. Ich bin dem Grafen v. Schwerin-Löwitz besonders dankbar, daß er diese Frage hier zur Diskussion gestellt hat, zumal das Abkommen mit Amerika im Reichstage bei der Kürze der Zeit ohne Diskussion erledigt werden mußte. Die Wichtigkeit der Frage erhellt zunächst aus der Handelsstatistik. Deutschland arbeitet seit einer Reihe von Jahren Amerika gegenüber mit einer Unterbilanz, die im Jahre 1908 775 Millionen Mark betrug. In den letzten zehn Jahren hat sich diese Unterbilanz bezifffert auf 5616 Millionen. Jeder Einwohner des Deutschen Reiches zahlt jährlich 12 Mk. bar an die Vereinigten Staaten, um diese Unterbilanz auszugleichen. Ebenso liegen die Verhältnisse in anderen europäischen Staaten, so daß Amerika Europa gegenüber im Jahre 1908 eine Aktivbilanz von 660 Millionen Dollars, gleich 2830 Millionen Mark hatte. Ein bekannter amerikanischer Staatsmann hat sich die Mühe gemacht, die Zahlungsbilanz zwischen Amerika und Europa zu ermitteln. Bei Feststellung dieser Zahlungsbilanz ist auch in Betracht zu ziehen, daß die Amerikaner 75 Millionen Dollars jährlich etwa für den Schutzverkehr bezahlen, daß die amerikanischen Touristen jährlich 10 Millionen Dollars nach Europa bringen. Trotzdem bleibt eine erhebliche Unterbilanz zum Nachteile Deutschlands bestehen. Wenn von freihändlerischer Seite behauptet wird, daß es namentlich Rohstoffe sind, die wir beziehen, so ist das so zutreffend. 546 Millionen zahlen wir jährlich für Rohstoffe an Amerika. Diese Rohstoffe müssen wir unter allen Umständen beziehen. Aber das ändert nichts an der Tatsache, daß wir jährlich riesige Summen an Amerika zahlen müssen, wofür unsere Ausfuhr keinen Ersatz bedeutet. Daß dieses Mißverhältnis allmählich zu einer kolossalen Bereicherung Amerikas führen muß, ist allgemein bekannt. Der wirtschaftliche Kampf wird enden nach dem Ausspruch eines amerikanischen Politikers mit der wirtschaftlichen Supremation Amerikas über die ganze Welt. Der wirtschaftlichen Supremation folgt aber notwendig die politische. So kann es also nicht fortgehen. — Der Redner gibt dann einen Ueberblick über die in den letzten 20 Jahren seitens Amerikas erfolgten Tariferhöhungen. Die Folge davon war, daß unser Export enorm zurückging. Im Jahr 1900 verlasten wir noch für 69 Millionen Mark Zucker an Amerika, 1908 waren es nur noch für 439 000 Mk. Wir wollen unsere vaterländische Industrie schützen und müssen daher dem Paynetarif unsere vollste Aufmerksamkeit schenken. Eine große Reihe von Industrien wird durch diesen Tarif von der Ausfuhr nach Amerika direkt abgeschnitten. Der allgemeine Eindruck ist her, daß unsere Position sich verschlechtert hat. Es wird viel darauf ankommen, wie die Amerikaner ihr Versprechen, daß die Zollbehörden mit Wohlwollen vorgehen werden, in die Tat umsetzen. Die Amerikaner haben hier erreicht, was sie wollten: die Unterwerfung unter den Paynetarif. Ich will dabei keinen Vorwurf gegen den Staatssekretär des Innern erheben. Die deutsche Industrie wollte es jedenfalls nicht anders haben. Sowohl der Wirtschaftliche Ausschuß hat sich fast einmütig für einfache Annahme des Paynetarifs ausgesprochen, als auch haben alle Vertreter von Handel und Industrie, mit einziger Ausnahme der Düsseldorfer Handelskammer, das gleiche getan. Ich kann mich der Besorgnis nicht erwehren, daß der Paynetarif eine sehr schädliche Wirkung auf die Exportfähigkeit unserer gesamten Industrie haben wird und daß die Amerikaner nur um so rücksichtsloser auf das Ziel ihrer Tarifpolitik, auf die vollständige Absperrung ihres Marktes gegen die europäische Konkurrenz hinarbeiten werden. Ich will keinem Zollkriege das Wort reden, ich kenne seine verhängnisvolle Wirkung. Ich glaube auch an keinen Zollkrieg mit Amerika. Auch die Anwendung des Generaltarifs ist noch kein Zollkrieg. Erst wenn die Zuschlagszölle nach § 10 unserer Zollgesetzgebung zur Anwendung kommen, würde das den Zollkrieg bedeuten. Aber zu einem solchen Konflikt werden es die Amerikaner nicht kommen lassen, weil sie unendlich mehr dabei zu verlieren hätten als wir. 1901 hat die Handelskammer von Hamburg in ihrem Jahresbericht ausgeführt: „Sollten die Amerikaner nicht bereit sein, einen Vertrag auf annehmbarer Grundlage mit uns zu schließen, so würden wir befürworten, diejenigen ihrer Erzeugnisse, in denen sie uns scharfe Konkurrenz machen, mit Aufschlagszöllen zu belegen. Wir fürchten nicht, daß dieses Verfahren zu einem Zollkriege führen wird, den zu verhindern im dringendsten Interesse Deutschlands, nicht minder aber jenes Landes gelegen ist." Das war ein Aufflackern des alten trotzigen Hansageistes. Ich bedauere, daß die Taktik der alten Hansa jetzt der Vergangenheit angehört. (Lebhafter Beifall.)

Inzwischen ist der Staatssekretär des Innern, Delbrück, erschienen, der vom Vorsitzenden begrüßt wird. Der Staatssekretär erwiderte auf die Begrüßung: „Ich habe mich eines Auftrages des Reichskanzlers zu entledigen, der zu seinem Bedauern durch Dienstgeschäfte verhindert ist, hier zu erscheinen, und der mich beauftragt hat, Sie in seinem Namen willkommen zu heißen und Ihren Arbeiten erfolgreichen Fortgang zu wünschen. Diesem Wunsche schließe ich mich an. Wenn ich heute zum ersten Male zu Ihnen spreche, so erinnere ich mich dabei der guten Beziehungen zwischen dem Reichsamt des Innern und der deutschen Landwirtschaft. Ich begrüße Sie meinerseits, indem ich der Hoffnung Ausdruck gebe, daß diese guten Beziehungen und das erfolgreiche Zusammenarbeiten auch weiterhin bestehen möchten und füge die Versicherung hinzu, daß meinerseits alles geschehen wird, dieses Zusammenarbeiten nutzbringend zu gestalten zum Wohle der deutschen Landwirtschaft wie des gesamten Vaterlandes."

In der Diskussion empfiehlt Freiherr von Wangenheim als ein Mittel, den inneren Verbrauch zu heben, sich mehr als bisher deutscher Maschinen zu bedienen und auf amerikanische Maschinen zu verzichten.

Die Resolution des Grafen Kanitz wird hierauf angenommen.

(Fortsetzung folgt.)

Der Kyffhäuser-Bund der Deutschen Landes-Kriegerverbände,

dem 29 084 Kriegervereine mit zusammen 2 528 667 Mitgliedern angehören und der somit die an Zahl größte Vereinigung im ganzen Deutschen Reiche und wohl der ganzen Welt darstellt, gibt soeben seinen Jahresbericht für 1909 heraus. Der Bericht enthält zunächst das Protokoll über die 10. Vertreter-Versammlung des Kyffhäuserbundes auf dem Kyffhäuser am 4. und 5. September, worüber wir s. Zt. schon berichtet haben. Der Jahresbericht enthält eine längere Abhandlung von Geh. Regierungsrat Professor Dr. Westphal (stellvertr. Vorsitzenden des Preußischen Landes-Kriegerverbandes) über Kriegervereine und Arbeitervereinigungen. Darin wird die grundsätzliche Stellung der Mitglieder von Kriegervereinen zur Sozialdemokratie und zu den sogenannten freien Gewerkschaften eingehend festgelegt. Es heißt da u. a.: Das deutsche Kriegervereinswesen ist zu einer großen Volksbewegung geworden, seitdem es in folgerichtiger Auslegung seines vornehmsten Zweckes, der Pflege und Betätigung der Liebe und Treue zu Kaiser und Reich, der Vaterlandsliebe und des Nationalbewußtseins, sich in offenen Gegensatz zur Sozialdemokratie gestellt hat, weil diese solche Gesinnung im Volke zerstören will. Zusammengesetzt aus Anhängern aller bürgerlichen Parteien, fest organisiert nach dem Vorbilde der Reichsverfassung in Landesverbänden nach den einzelnen Bundesstaaten, welche wieder im Kyffhäuser-Bunde, zurzeit 29 000 Vereine und 2½ Millionen Mitglieder umfassend, ihre Zentralvereinigung haben, bilden sie eine ansehnliche Macht, die größte Vereinigung im Deutschen Reiche, die einzige über den Parteien stehende Vereinigung im Deutschen Reiche, welche sich die Bekämpfung der Sozialdemokratie zur Aufgabe gemacht hat, ohne in den politischen Tagesstreit einzutreten. Die Kanäle, aus denen die Sozialdemokratie schöpft, sind die unter ihrer Leitung stehenden freien Gewerkschaften. Diese sind die Rekrutenschulen der Sozialdemokratie; in ihnen werden die Arbeiter, wenn sie noch nicht Sozialdemokraten sind, in sozialistischem Geiste erzogen. Alle sogenannten freien Gewerkschaften, welche der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands (Sitz Berlin) unterstehen, sind sozialdemokratische Organisationen. Die Kriegervereine verdenken es keinem Kameraden-Arbeiter, wenn er seine Berufsinteressen wahrnimmt; nur kann er dies nicht in einer sozialdemokratischen Gewerkschaft tun, solange er Kriegervereinsmitglied bleiben will. Es gibt aber genug andere Arbeitervereinigungen, welche nicht auf sozialdemokratischem Boden stehen, sondern nationale und reichstreue Gesinnung von ihren Mitgliedern verlangen. Es sind dies: Hirsch-Dunckersche Gewerkvereine, evangelische und katholische Arbeitervereine, christliche Gewerkschaften, katholische Gewerkschaften, gelbe Gewerkschaften, vaterländische Arbeitervereine; reichstreue Arbeitervereinigungen, zusammen 1 136 000 Mitglieder. Den 1,9 Millionen Mitgliedern sozialdemokratischer Gewerkschaften stehen also 1,1 reichstreuer gegenüber. Der Kyffhäuser-Bund hat folgenden Leitsatz aufgestellt: „Tretet, wenn Ihr Kameraden-Arbeiter Eure Arbeiterinteressen wahrnehmen wollt, in eine der nicht-sozialdemokratischen Arbeitervereinigungen oder Gewerkschaften ein! Wählt je nach Eueren Neigungen eine von ihnen! Sucht den sozialdemokratischen Gewerkschaften möglichsten Abbruch zu tun und ihre Tyrannenherrschaft über Euch zu brechen! Vertretet Eure Interessen, wie und wo Ihr sonst wollt, möglichst im friedlichen Einvernehmen mit Euren Arbeitgebern, denn sie sind nicht Eure Feinde; Ihr seid vielmehr beide, Arbeitgeber wie Arbeitnehmer, in Eurem und des Vaterlandes Interesse, darauf angewiesen, in Frieden miteinander zu arbeiten!" — Der Jahresbericht enthält ferner noch eine Abhandlung über die Spezialvereine innerhalb der Landes-Kriegervereine, die in den letzten Jahren an Zahl bedeutend zugenommen haben (von 1628 im Jahre 1901 auf 2766 im Jahre 1909), und zum Schluß eine Zusammenstellung über die Stärke des Kyffhäuser-Bundes.

Die Luftschiffahrt.

Die Sektion Thüringische Staaten des sächsisch-thüringischen Vereins für Luftschiffahrt hat in ihrer am Sonnabend in Jena abgehaltenen Hauptversammlung die bisherigen Vorstandsmitglieder wiedergewählt; Vorsitzender ist Major z. D. v. Knopf-Weimar. Die Sektion konnte mit einem Mitgliederbestande von 482 in das neue Geschäftsjahr eintreten. Vergleichsweise sei erwähnt, daß die Sektion Halle 485 und die Sektion Erfurt 258 Mitglieder zählt. Die bis zum Abschluß des Berichtes unternommenen 35 Ballonaufstiege fanden in 12 thüringischen Städten statt, davon 19 in Jena. Die Sektion verfügt bereits über steben eigene Führer. Die Hauptversammlung schloß mit einem Vortrage des Dr. Linke-Frankfurt über Wetterkunde und Luftschiffahrt.

Das internationale Flugmeeting von Heliopolis. Am Sonntag fand das Flugmeeting seinen Abschluß. Nach dem Gesamtklassement gewann Metrot auf Voisin den Preis für die ohne Zwischenlandung zurückgelegte größte Distanz in Höhe von 50 000 Francs mit einer Distanz von 85,5 Kilometern. Den zweiten Preis von 10 000 Francs gewann Rougier auf Voisin mit 65 Kilometern, den dritten von 5000 Francs Le Blon auf Blériot mit 50 Kilometern, den vierten von 2500 Francs Rougier auf Voisin mit 48 Kilometern, den fünften von 2500 Francs Balsan auf Blériot mit 44 Kilometern, den sechsten von 1000 Francs Riemsdyk auf Curtiß mit 25 Kilometern. Der Große Preis von Egypten in Höhe von 25 000 Francs, der für die beste Gesamtdistanz ausgesetzt war, fiel an Rougier und der zweite Preis von 10 000 Francs an Le Blon. Den dritten Preis von 5000 Francs gewann Balsan. Der Höhenpreis von Heliopolis in Höhe von 50 000 Francs fiel gleichfalls an Rougier, der mit 255 Metern die beste Leistung erzielte.

Weiteres vom Hettstedter Landfriedensbruchprozeß.

-l. Halle a. S., 15. Februar.

(Schwurgericht.)

In der heutigen Schwurgerichtssitzung wurde zunächst die Beweisaufnahme fortgesetzt. Es waren noch einige zwanzig Zeugen zu vernehmen.

Nach der Auslage eines Arbeitswilligen, der außer mit Dünger und Sand auch noch mit Kalk und mehreren großen Steinen beworfen worden war, eröffnete der Bergmann Otto Schäfer in der Nähe des Marktes den Zug der andrängenden Streikenden. Mit hoch erhobenem Stocke rief er den Arbeitswilligen drohend zu: „Hier kommt ihr nicht weiter!" Eine Anzahl Angreifender versuchte sogar, die Bedrängten über die Wipperbrücke in die Wipper zu stoßen. Schon am Tage vorher hatte Schäfer einen Trupp Arbeitswilliger mit den Worten angehalten: „Hier kommt ihr nicht durch, jetzt nehmen wir euch für voll!" Doch „begnügten" sich damals die Angreifer mit Anspeien und Bewerfen mit Sand. Schäfer erwiderte auf diese Auslage, „der Zeuge lüge das alles". Ein Polizeikommissar wurde von den Tumultuanten, unter denen er viele Ausweißte bemerkte, wiederholt gegen die Häuserwände gedrängt. An einer Stelle wollte er den Säbel ziehen, um sich Luft zu machen, vermochte es im Gedränge jedoch nicht zu tun. Als er den mißhandelten Hannemann aus dem Hause, in das er sich geflüchtet hatte, in seine Wohnung geleitete, wurde er von verschiedenen Seiten bedrohtundgeschimpft. Unter anderem wurde er Bluthund genannt. Ein Streikender rief, man solle doch Hannemann totschlagen, worauf ein anderer hinzufügte: „Schlagt sie doch gleich alle beide tot! Der mit dem roten Kragen ist auch nicht besser als der Streikbrecher!" Der Kommissar mußte schließlich den Revolver ziehen und drohen, jeden niederschießen zu wollen, der ihn noch weiter bedränge.

Der Bergmann Friedrich Schneider schlug einen Arbeitswilligen und schimpfte ihn „verfluchter reichstreuer Kröpel". Dann versetzte er ihm einen so heftigen Stoß, daß der Mißhandelte gegen eine Mauer fiel. Als der Arbeitswillige sich emporraffte und sich zur Flucht wandte, höhnte Schneider: „Na, am nächsten Tage dreschen wir uns in der Schlucht!" Der Bedrohte traf auf seiner Flucht mit mehren anderen flüchtigen Arbeitswilligen zusammen. Sie suchten vergebens einen Ausweg. Der Bergmann Adolf Brühahn trat ihnen entgegen und rief höhnisch: „Ihr könnt gehen, wo ihr wollt — alle Wege sind besetzt, ihr könnt nicht durch!" — Uns standen die Haare zu Berge!" bekannte der Zeuge.

Ein anderer Arbeitswilliger erhielt heftige Schläge auf den Kopf und in den Nacken, so daß er fürchtete, umsinken zu müssen. Er ergriff schließlich die Flucht, wurde aber dermaßen umdrängt und gestoßen, daß er „mit beiden Händen förmlich an der Wand lang ging". Vor einem Pfeiler konnte er nicht weiter kommen. In seiner Bedrängnis erhielt er einen heftig schmerzenden Fußtritt in den Rücken. Als er sich umsah, erblickte er den Bergmann Cäsar Schröder „mit ganz verzerrtem wütenden Gesicht". Er fragte ihn: „Was wollt ihr denn nur eigentlich von mir?" Schröder antwortete: „Du sollst zu Hause bleiben!" Der Eingeschüchterte versprach in seiner Angst: „Na ja, das werde ich denn nu auch!"

Besonders roh und gewalttätig benahm sich der Bergmann Adolf Regel gegen einen Polizeisergeanten. Der Beamte suchte die Streikenden, die wiederholt die Beamtenkette zu durchbrechen drohten, zu begütigen. „Seien Sie doch vernünftig und bleiben Sie zurück!" rief er den Andrängenden beschwichtigend zu. Für seinen guten Willen bekam er nur die grobe Antwort: „Du hast hier nichts zu sagen!" Am gröbsten wurde Regel, der sich am ungestümsten durchzudrängen versuchte. Er rief: „Halt die Schnauze, Du hast hier keine Nummer!" Der Sergeant mußte den Zudringlichen schließlich an der Brust fassen, um ihn zurückzustoßen. Dabei zerriß er ihm das Hemd. Regel rief wütend, der Sergeant sei wohl verrückt geworden, daß er ihm die Sachen zerreiße. Er drohte, ihm den Schädel einschlagen zu wollen, gab ihm Faustschläge gegen die Schultern und einen Fußtritt gegen den Unterleib. Der Beamte dachte einen Augenblick daran, von seiner Schußwaffe Gebrauch zu machen, hielt es aber für ratsamer, das nicht zu tun. Im Weiterziehen wurde der Sergeant von Regel und andern noch längere Zeit gedrängt und belästigt. Unaufhörlich erhielt er Fußtritte gegen die Waden, „wohl an die zwanzig Mal". Regel erlaubte sich obendrein noch so grobe Schimpfworte, daß sie nach Aussage des Beamten „gar nicht wiedergegeben sind". Unter anderem schalt er den Sergeanten „Polizistenesel" und „Faulpelz".

Regel bestritt diese Angaben des Beamten als unwahr. Er habe sich damals gar nicht im Zuge der Streikenden befunden, sondern Kots vom Bahnhof holen wollen. Nur um auf den Bahnhof zu gelangen, habe er durch die Beamtenkette durchzukommen versucht. Richtig sei nur, daß der Sergeant (!) ihm das Hemd zerrissen habe; er selbst (!) habe sich weder Tätlichkeiten noch Schimpfreden erlaubt.

Auch der Bergmann Otto Bielert will sich nichts Gewaltsames haben zu Schulden kommen lassen. Er habe im Gegenteil die Tumultuanten ermahnt: „Laßt doch den Unsinn sein, um so ein paar Leute so einen Auflauf zu machen!" Nach den Aussagen mehrerer Belastungszeugen hat er jedoch Arbeitswillige „Streikbrecher" geschimpft und sie mit sehr erregter Miene unter heftigen Gestikulationen angeschrien und bedroht. Einen trat er sogar und gab ihm einen heftigen Faustschlag „ins Kreuz". Dabei rief er: „Du verfluchter Polack, weißt Du nicht, daß Du zu Hause bleiben sollst?" Auch den Sohn dieses „Polacken" stellte er zornig zur Rede, warum er noch auf den Schacht gehe. Auf die Antwort des 17jährigen: „Ja, was sollen wir weiter machen?" versetzte er ihm einen Fußtritt in die Kniekehlen und „schuppte" ihn so derb, daß er in ein Schaufenster flog. Einem anderen Arbeitswilligen rief er mit erhobener Faust zu: „Wag's ja nicht etwa, morgen noch auf den Schacht zu gehen, sonst renne ich euch das Messer in den Ge.... (Leib)!" Der Bedrohte blieb zwei Tage der Arbeit fern, da er Mißhandlungen fürchtete. „Wir mußten uns zusehrin Acht nehmen!"

Brühahn hielt mehrere Arbeitswillige, die einen Umweg suchten, erregt an und erklärte ihnen, daß alle Wege verlegt seien. Er riß dem einen die Mütze vom Kopfe und stieß die

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191002162-17/fragment/page=0002

andern vor die Brust. Unter fortgesetzten höhnischen Reden verfolgte er die Gemißhandelten fast bis zu ihrer Wohnung.

Die Vergleute Friedrich Schütze und Paul Finzel hatten sich nun im Zuge der Demonstranten befunden, ohne ihrerseits Gewalttätigkeiten oder Bedrohungen zu verüben. Nach dem Gesetz ist jedoch schon die einfache Teilnahme an einer Zusammenrottung strafbar.

Nach Schluß der Beweisaufnahme wurde die Verhandlung gegen 3 Uhr nachmittags bis morgen vormittag vertagt.

In der morgigen Sitzung werden die Plaidoyers des Staatsanwalts und der drei Verteidiger sowie der Urteilsspruch erfolgen.

Aus Nah und Fern.

Mehrere Revolverattentate wurden in den letzten Wochen in Bremen während der Abendstunden aus dem Hinterhalt verübt, wobei harmlose Passanten bedeutende Verletzungen erlitten. Am Montag abend wurde abermals ein neunjähriger Knabe durch einen Schuß unterhalb des Auges schwer verletzt. Einigen Passanten gelang es, den Täter, einen achtzehnjährigen Burschen, zu ergreifen, dem auch die übrigen Verbrechen zur Last gelegt werden.

Eine böswillige Erfindung. Aus London wird uns gemeldet: Der Privatsekretär des Königs, Lord Knollys, erklärte die Gerüchte, deren zufolge seine Tochter von einem englischen Offizier entführt worden sei und sich in Palma (Mallorca) befinde, für eine böswillige Erfindung; seine Tochter sei in London und habe ihr Vaterhaus niemals verlassen.

In der Hochwasserkatastrophe in Frankreich. Prinz Heinrich von Preußen hat dem Zentralkomitee für eine Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich eine namhafte Summe zum Besten der Ueberschwemmten in Paris überwiesen.

Die Untersuchung über den Brand im Tschiraganpalast ist, wie wir aus Konstantinopel erfahren, jetzt abgeschlossen. Es wurde, wie verlautet, festgestellt, daß das Feuer durch einen Zufall entstand, dessen Ursache nicht bekannt ist.

Furchtbare Explosionskatastrophe. In der chemischen Waschanstalt von Siebmann in Köln explodierte gestern nachmittag ein Dampfkessel. Der Sohn des Inhabers wurde schrecklich verbrannt. Zwei auf dem Hofe beschäftigte Arbeiter trugen schwere Verletzungen davon. Ein in dem angrenzenden Hause wohnender älterer Arbeiter erlitt erhebliche Brandwunden. Auch zwei vorübergehende Kinder wurden stark verbrannt. Sämtliche Opfer der Katastrophe wurden ins Krankenhaus gebracht.

Eine Versammlung der Kapitäne des Oesterreichischen Lloyds sowie der Gesellschaften Ragusa und Dalmatia hat, wie die Blätter aus Triest melden, beschlossen, in Sachen der abgelehnten Gehaltsforderungen solidarisch gegen die drei Gesellschaften vorzugehen. Der Bund der Kapitäne und Offiziere der österreichischen Marine wurde beauftragt, einen letzten Schritt bei den Gesellschaften zu unternehmen und einen festen Termin für deren Antwort zu bestimmen. Nach Ablauf dieses Termins soll die Versammlung wieder einberufen werden, die, falls keine oder keine befriedigende Antwort eingelaufen ist, ein Ultimatum, eventuell die Arbeitseinstellung der Kapitäne und Offiziere der drei Gesellschaften beschließen soll.

Zwei Kinder ertrunken. Aus Lugau erfahren wir: Am Dienstag nachmittag brachen die 9 und 10 Jahre alten Werkarbeitersöhne Wetzel und Uhlig auf einem Teiche ein und ertranken.

Provinz Sachsen und Umgebung.

≙ **Freyburg a. U.,** 13. Febr. (Konkurs. — Rabattsparverein.) Der in Konkurs geratene Weingroßhändler Karl Richard Brohmer ist von hier abgereist und hat von Genua (Italien) aus geschrieben. Bis jetzt haben gegen 400 Gläubiger Forderungen angemeldet. — Der hiesige Rabattsparverein, der jetzt 55 Mitglieder zählt, zahlte im vergangenen Jahre für 2791 eingelieferte Rabattsparbücher 27 856 Mk. aus, was einem Umsatze von 557 120 Mk. entspricht. Seit Bestehen des Vereins — 1. Oktober 1906 — bis Ende 1909 wurden 82 652 Mk. vergütet.

— **Halberstadt,** 15. Febr. (Taschendieb. — Tödlich verunglückt.) Eine Dame von außerhalb machte in einem hiesigen Laden Einkäufe und legte das Portemonnaie dann in das Handtäschchen. Kurze Zeit darauf entdeckte die Dame, daß aus dem Täschchen die Geldbörse mit 40 Mark verschwunden war. — Ein schwerer Unglücksfall ereignete sich in Harsleben. Am Freitag geriet der Schneider Koch, der bei der Dreschmaschine beschäftigt war, in die Maschine, als aus irgend einem Grunde die Maschine versagte und er den Fehler abzustellen versuchte. K. wurde am Kopf und Gesicht furchtbar verletzt. Die Verletzungen waren so schwer, daß K. an den Folgen gestorben ist.

= **Magdeburg,** 15. Febr. (Ein Entwurf über die Stadterweiterung Magdeburgs) ist dem Abgeordnetenhause zugegangen. Der Entwurf schlägt die Eingemeindung der Landgemeinden Cracau, Prester (Kreis Jerichow I), Fermersleben, Salbke, Westerhüsen, Lemsdorf (Kreis Wanzleben) zum 1. April 1910 vor. Nach der Begründung ist die Eingemeindung nach Magdeburg notwendig geworden, weil die industriellen Interessen Magdeburgs die Eingemeindung der an der Elbe gelegenen Ufergemeinden erfordern, da die Magdeburger Industrie das Bestreben zeigt, sich längs der Elbe anzusiedeln. Die Stadt Magdeburg erwirbt durch die Eingemeindung 279 Hektar Neuland und die Einwohnerzahl vermehrt sich um rund 22 000 Seelen. In früheren Jahren sind aus ähnlichen Gründen die Gemeinden Sudenburg, Neustadt, Buckau und Rothensee in Magdeburg eingemeindet worden.

(·) **Zerbst,** 15. Febr. (Verschiedenes.) Der Gemeinderat beschloß, der hiesigen Bau- und Spargenossenschaft zur Errichtung zweier weiterer Arbeiterwohnhäuser zwei Baustellen an der Friedrichstraße zum Vorzugspreise von 2,50 Mark pro Quadratmeter zu verkaufen. — Das für den staatlichen Obstmustergarten in Aussicht genommene Gelände in der Nähe des Gesundbrunnens hat sich bei näherer Untersuchung als untauglich erwiesen. Es soll deshalb ein südlich davon, in der Nähe des Friedrichsholzes gelegenes Gelände, dessen Bodenbeschaffenheit besser ist, zur Errichtung des Obstmustergartens verwandt werden. — Dem Landwirt Ahrend im Dorfe Wertlau stahlen Diebe des Nachts ein hier Zentner schweres, frischgeschlachtetes Schwein aus einer Speisekammer. Den Dieben ist man auf der Spur.

= **Jeßnitz,** 15. Febr. (Besitzwechsel.) Wegen Aufgabe der Landwirtschaft hat der Oekonom Karl Herre sein Gehöft mit Gebäuden an den Bannunternehmer Witte für 8000 Mk. veräußert, während das lebende und tote Inventar unter den Hammer gekommen ist. Der Acker soll in kleinen Parzellen verkauft werden.

(·) **Eisenach,** 14. Februar. (Der Ehrenbürger Eisenachs), der bekannte Bildhauer Professor Adolf von Donndorf, vollendet am 16. Februar sein 75. Lebensjahr. Er ist der Schöpfer des Bach-, Luther- und Bismarckdenkmals zu Eisenach, des Burschenschaftsdenkmals in Jena und des Reiterstandbildes Karl Augusts zu Weimar. In Weimar geboren, begann er in seiner Vaterstadt seine ersten Studien, die er 1858 bei Ernst Rietschel in Dresden fortsetzte und zu schönster Vollendung brachte. — Der Stadtkämmerer Eisenachs, Rat Constantini, bekannt durch sein preisgekröntes Werk „Das Kassen- und Rechnungswesen der deutschen Gemeinden", feiert morgen das Jubiläum 40jähriger hiesiger Tätigkeit.

Wissenschaft, Kunst und Theater.

Die Kaiserliche Leopoldinisch-Carolinische deutsche Akademie der Naturforscher hat ihre goldene Cothenius-medaille Herrn Geheimen Hofrat Professor Dr. Wilhelm Pfeffer, Direktor des botanischen Gartens in Leipzig, verliehen. — Am 18. Februar feiert Herr Geheimer Rat Dr. Christian Baeumler, Professor der speziellen Pathologie und Therapie, Direktor der medizinischen Klinik in Freiburg i. B., sein fünfzigjähriges Doktorjubiläum. Er ist am 3. Mai 1836 in Buchau in Oberfranken geboren und gehört der Akademie seit dem Jahre 1893 als Mitglied an.

Der Verein zur Verbreitung wissenschaftlicher Kenntnisse in Wien feiert sein fünfzigjähriges Bestehen am 30. März d. J. im großen Vortragssaale des Elektrotechnischen Instituts der k. k. Technischen Hochschule in Wien (Gußhausstraße 25).

— **Polonium.** Frau Professor Curie in Paris ist es gelungen, das Element Polonium aus der Pechblende rein darzustellen.

Hk. **Forschungsreise.** Freiherr Erland Nordenskjöld (ein Sohn des Entdeckers der Nordost-Passage) langte von seiner zweijährigen Forschungsreise durch Argentinien und Bolivia wieder in Stockholm an. Nach der „Umschau" hat er dabei 1000 Meilen zu Fuß und 500 Meilen im Boote zurückgelegt und bringt eine Sammlung von etwa 11 000 Stück mit; ca. 10 000 Stücke dieser Sammlung sind ethnographischer und ungefähr 1000 archäologischer Art. Für das wichtigste Resultat seiner Forschungen hält Nordenskjöld die gefundenen Beweise dafür, daß in gewissen Epochen eine gleichartige Kultur von Mexiko über Zentralamerika bis nach Bolivien geherrscht hat. Im Distrikt von Kaipirendi fand der Forscher Zeichen einer bis jetzt vollständig unbekannten Kulturperiode.

Landwirtschaftliches.

× **Der Verband für die Zucht des schwarzbunten Tieflandrindes** in der Provinz Sachsen hält, worauf wir wiederholt hinweisen, am Mittwoch, den 2. März 1910, vormittags 11 Uhr im Gasthofe zum Viehhof in Stendal seine 27. Zuchtviehauktion ab, auf der ca. 60 sprungfähige Bullen des schwarzbunten Niederungsschlages zum Verkauf gelangen. Die Tiere sind von einer Kommission begutachtet und ausgewählt und stammen sämtlich von eingetragenen Elterntieren ab. Auf diese Auktion wird hierdurch nochmals besonders aufmerksam gemacht, da sich auf ihr eine günstige Gelegenheit bietet, kräftige Zuchtbullen zu beschaffen.

Letzte Telegramme.

Demonstranten in Berlin.

Berlin, 16. Februar. Eine Stunde vor Mitternacht zog ein aus mehr als 100 Personen bestehender Trupp durch die Friedrichstraße nach der Moritzstraße. An der Ecke der Leipzigerstraße wurden die Demonstranten durch Polizeibeamte zerstreut. Ein größerer Zug, der aus Moabit kam, wurde an dem Vorhaben verhindert, vor das Reichskanzlerpalais zu ziehen.

Luegers Befinden.

Wien, 16. Februar. Im Laufe des gestrigen Abends trat im Befinden des Bürgermeisters Dr. Lueger eine Verschlimmerung ein, die als besorgniserregend angesehen wurde.

Die Luftschiffahrt.

London, 16. Februar. Der Luftschiffer Dunville-Belfast stieg gestern von den Gaswerken in Dublin auf, um über den irischen Kanal nach England zu fliegen. Der Ballon wurde um 1½ Uhr nachmittags von der Signalstation Soith Stack aus gesehen.

Börsen- und Handelsteil.

Allgemeines.

—y. **Gewerkschaft „Hohenfels" bei Algermissen.** Im Dezember setzte das Geschäft nach dem Vorstandsbericht so lebhaft ein, daß nicht nur der Ausfall der beiden vorangegangenen Monate eingeholt wurde, sondern daß insgesamt im 4. Quartal 253 165 Doppelzentner Salze gegen das Vorjahr + 31 889 Doppelzentner) abgesetzt werden konnten. Der Netto-Betriebsgewinn beträgt 243 429 M im vierten Quartal und 951 430 M im Jahre 1909 oder 150 830 M mehr als 1908. Die allgemeine Lage des Kalisyndikats hat sich bisher noch nicht derart gestaltet, daß an die Wiederaufnahme der Ausbeutezahlungen geschritten werden könnte.

W. **Die Bilanz der Spinnerei und Buntweberei Pfersee** für 1909 schließt nach Absetzung von 109 254,38 M für Amortisation mit einem Reingewinn von 285 662,42 M ab. Der Aufsichtsrat beschloß, der Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 12 Prozent gegen 10 Prozent im Vorjahr auf das Aktienkapital vorzuschlagen, so daß 59 662,42 M als Gewinnvortrag auf neue Rechnung verbleiben.

A. Produkten- und Warenmärkte.

Getreide, Hülsenfrüchte und Futtermittel.

— **Magdeburg,** 15. Febr. Getreide und Futtermittel. (Amtliche Notierungen.) Die Notierungen verstehen sich für 1000 kg netto ab Station und frei Magdeburg. Weizen, fletzig, englischer gut 215 bis 220 M mittel —,— M, neuer bis —,— M, do. Sommer- gut 215—220 M, mittel — bis — M, do. Kolben Sommer- gut 224—234 M, do. Rauh- gut 208—218 M, do. ausländischer gut —,— M. Roggen matt, inländ. gut 156 bis 161 M, mittel — bis — M. Gerste, still, hiesige Chevaliergerste gut 162—170 M, mittel do. —,— M, feinste über Notiz, hiesige Landgerste gut 155 bis 163 M, mittel —,— M, ausländische Futtergerste fletzig, gut 130—134 M, feinste über Notiz. Hafer fletzig, inländ. gut 166 bis 172 M, ausländischer —,— M. Mais ruhig, runder gut 156—160 M, amerikanischer bunter —,— M. Erbsen hiesige Viktoria gut —,— M, grüne Folger —,— M.

— **Berlin,** 15. Februar. (Amtliche Notierungen der Produktenbörse.) Weizen per 1000 kg: Märk. 225—227 M ab Bahn. Normalgew. 755 g. Abnahme im Mai 225,25—224,75 bis 225,00 M, im Juli 225,50—224,25 M, im September —,— M. Tendenz: fest. Roggen für 1000 kg inländ. 161—162,50 M ab Bahn. Normalgew. 712 g. Abnahme im Mai 172,25—172,50 bis 172 M, im Juli 175,25 M, im September —,— M. Tendenz: behauptet. Hafer per 1000 kg. Normalgewicht 450 g. Abnahme im Mai 164,50 M, im Juli 166,50 M. Tendenz: behauptet. Mais per 1000 kg. Ohne Angabe der Provenienz. Abnahme im Mai —,— M. Tendenz: geschäftslos. Weizenmehl per 100 kg brutto einschl. Sack: Nr. 00: 27,50 bis 30,50 M, feinste Marken über Notiz bezahlt. Tendenz: behauptet. Roggenmehl Nr. 0 und 1: 19,80 21,80 M Tendenz: still. Rüböl für 100 kg mit Faß: Abnahme im Mai 54,80—54,90—54,50—54,60 M, im Oktober 53,10—53,30—54 M, Tendenz: still.

Frühmarkt. (Amtliche Notierungen.) Berlin, 15. Febr. Weizen loko 225,00 bis 227,00 M, Mai 225,00—224,75 M ab Bahn, Juli —,— M. Roggen loko 161,00—162,50 M ab Bahn. Gerste, leichte inländische Futtergerste 142,00 bis 149,00 M, schwere do. 150,00—160,00 M, russische und Donau leichte 131—135 M, do. schwere 136—143 M frei Wagen und ab Bahn. Hafer, märk., mecklenburg., pomm., pol., schles. fein 174—182, do. mittel 168—173, do. gering 162—167, russ. u. Donau mittel 157—163 M frei Wagen und ab Bahn. Mais, amerik. mixed 156—159, rund. 155—160 M fr. Wagen. Erbsen, inländ. Futterware, mittel 162—169 M, russische do. 162—169 M, feine Taubenerbsen 170—182 M, Viktoriaerbsen —,— M, kleine Kocherbsen —,— M frei Wagen und ab Bahn. Weizenmehl 00 loko 27,50—30,50 M. Roggenmehl 0 u. 1 loko 19,80 bis 21,80 M. Weizenkleie, grobe 11,50—12,50 M, feine 11,50 bis 12,50 M. Roggenkleie 11,50—12,10 M. Bohnen —,— M. Linsen —,— M. Futterlinsen —,— M Seradella —,— M. Lupinen blau —,— M, fein —,— M.

L. **Weltmarkt.** Berlin, 15. Febr. Tägliche Börsennotierungen auf dem Weltmarkt in Mk. für 1000 kg ausschließl. Fracht, Zoll und Spesen (Mitgeteilt von der Preisberichtstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats.) Weizen Berlin 755 gr., Mai 22[7]/[8],00, Juli 225,25. Newyork Red Winter Nr. 2 loko 199,40, Mai 185,90, Chicago Northern Red Spring, Mai 173,90, Juli 159,80. Liverpool Red Winter Nr. 2, März 184,65. Paris Lieferungsware Febr. —,—, Budapest Lieferungsware April 236,30. Odessa Ulka 9[25]/[30] 3—4 % Bes. einschl. Bordospesen loko 168,60. Buenos-Aires Durchschn.-Qualität bordfrei —,—. Roggen: Berlin 712 gr. Mai 172,00, Juli 175,50. Odessa 9[10]/[12] einschl. Bordospesen loko 122,50. Hafer: Berlin 450 gr. Mai 164,50, Juli 166,50. Mais: Berlin Lieferungsware Mai —,—, Newyork mixed Mai 126,10. Buenos-Aires Durchschnitts-Qualität bordfrei —,—.

L. **Hamburg,** 15. Febr. Tägliche ausländische Offerten in Mark per Tonne einschließlich Fracht-Zoll-Spesen, Mitgeteilt von der Preisberichtstelle des Deutschen Landwirtschaftsrats. Weizen: Hardwinter II Dez./Jan. 239¾ M, Northern I Duluth Jan. 253¾ M, Durum I Duluth Febr. 231 M, Ulka 10 Pud 4 % Jan./Febr. 236¾ M, 10 Pud 5 April/Mai 235¾ M, Orenba. 78/79 kg Jan./Febr. 232¾ M, Samara 78/79 kg Jan./Febr. 236 M, April/Mai 234 M, Argent. Barletta Russo 78 kg Dez./Jan. 234 M, Jan./Febr. 230¾ M, Febr./März 230 M, Rosafe 78 kg lad. 235 M, Jan./Febr. 234¾ M — Roggen: Südruss. 9 Pud 15/20 aute Häfen Febr./März 184¾ M — Futtergerste: Südr. 60/61 kg loko 126¾ M, Febr. 125¼ M, Febr./März 124¾ M, April/Juni 124¼ M — Hafer: Nordruss. 47/48 kg 3 % loko 159¾ M. 50/51 kg Febr./April 163¾ M, März/Mai 164¾ M, La Plata 46/47 kg Febr./März 162 M — Mais: La Plata April/Mai-Mai/Juni 149¾ M, Mixed Febr. 149¾ M, März 151¾ M

Kartoffeln, Kartoffelmehl, Stärke.

— **Magdeburg,** 15. Februar. Prima Kartoffelmehl und -Stärke prompte Lieferung in Mengen von 10 000 kg Parität frei Magdeburg, netto Kasse. Preis: 21,00—21,50 Mk. Tendenz: fletzig.

— **Berlin,** 15. Februar. Kartoffelstärke 20,25—20,75 Mk., Kartoffelmehl 20,25—20,75 Mk., feuchte Stärke 10,30 Mk.

Spiritus.

— **Nordhausen,** 15. Februar. Branntwein 40 Vol.-% für 100 kg (105—106 Ltr.) 85,50—86,50 Mk., Branntwein 45 Vol.-% für 100 kg (106—107 Ltr.) 95,50—96,50 Mk. per loko und Februar. Branntwein 40 Vol.-% für 100 kg (105—106 Ltr.) 85,75—86,75 Mk. Branntw in 45 Vol.-% für 100 kg (106 107 Ltr.) 95,75—96,75 Mk. per Februar-September-Versand ohne Faß ab Brennerei, nach Angabe der Vereinigung der Nordhäuser Kornbranntweinfabrikanten, E. V., durch die Handelskammer notiert.

— **Hamburg,** 15. Februar. Spiritus stramm, Februar 21¾ G. Februar-März 21[9]/[4] G., März-April 21¾ G.

Oele und Oelfrüchte.

— **Köln,** 15. Februar. Rüböl loko 60,00, Mai 59,50.

— **Hamburg,** 15. Februar. Rüböl ruhig, loko verzollt 58,00.

— **Amsterdam,** 15 Februar. Leinöl behauptet, loko —, März 35, März-April —, Mai-August —, September-Dezember 32¾.

— **Pest,** 15. Februar. Kohlraps träge, August 13,00.

Zucker.

W. **Hamburg,** 15. Februar. Rüben-Rohzucker, 1. Produkt Basis 88 % Rendement, neue Usance, frei an Bord Hamburg per 50 Kilo per Febr 13,05, per März 13,07½, per Mai 13,20, per August 13,37½, per Oktober 11,30, per Dezember 11 17½. Tendenz: behauptet.

W. **London,** 15. Februar. Rüben-Rohzucker 88 % Februar, 13 sh. 1 d. gehand., stetig, Java-Zucker 96 % prompt 13 sh. 7½ d. Wert, stetig.

Kaffee.

— **Hamburg,** 15. Februar. Kaffee-Termin-Notierungen. Nur für Good average Santos März 36 G., Mai 36½ G., September 36½ G., Dezember 36 G. Tendenz: ruhig.

— **Amsterdam.** 15. Februar. Java-Kaffee, good ordinary, behauptet, loko 42¾.

— **Havre,** 15. Februar. Kaffee. Good average Santos März 47,75, Mai 47,25, September 46,50, Dezember 46,25. Tendenz: ruhig.

W. **Rio de Janeiro,** 14. Februar. Kaffee. Zufuhren 17 000 Sack in Rio, 6000 Sack in Santos.

Wolle und Baumwolle.

— **Bremen,** 15. Febr. Baumwolle, sehr ruhig, Upland middling loko 77 Pfg.

— **Antwerpen,** 15. Febr. Wolle. La Plata-Kammzug Type B. Februar 5,87½ Käufer, Dezember 5,60 Käufer. Tendenz: Behauptet.

— **Liverpool,** 15. Febr. Baumwolle. Umsatz 8000 Ballen, davon für Spekulation und Export — — Ballen. Tendenz: Willig.

Amerikanische middling Lieferungen: Stetig. Per Febr. 7,89, per Febr.-März 7,87, per März-April 7,86, per April-Mai 7,84, per Mai-Juni 7,82, per Juni-Juli 7,77, per Juli-August 7,72, per Aug.-Sept. 7,46, per Sept.-Okt. 6,99, per Okt-Nov. 6,81.

Petroleum.

— **Hamburg,** 15. Februar. Petroleum fustlos, Amerik. spez. Gewicht 0,800 6,30.

Metalle.

— **Amsterdam,** 15. Februar. Banca-Zinn fest, loko 91.

— **London,** 15. Febr. Blei, span., 13[1]/[16] Lstrl., engl. 13¾/4 Lstrl. Zinn 151[9]/[16] Lstrl., Zink 23¼/4 Lstrl., Chili-Kupfer 59[1]/[16] Lstrl., 3 Monate 59[7]/[8] Lstrl.

— **Glasgow,** 15. Febr. Roheisen, Scotch warrants — sh. — d. Warrants Middlesborough III 51 sh. 4½ d.

B. Tiere und tierische Produkte.

Schlachtviehmärkte.

— **Magdeburg,** 15. Febr. (Amtlicher Bericht.) Städtischer Schlacht- und Viehhof. Auftrieb: 331 Rinder und zwar — Stiere, 55 Ochsen, 94 Bullen, 182 Kühe u. Kalben, 346 Kälber, 285 Schafvieh und, 1990 Schweine. Bezahlt für 100 Pfund Lebendgewicht (gemäß den Feststellungen durch die Wagen im Viehhof): Stiere und Ochsen: A. 39—42, B. 35—39, C bis 35, D. — bis —, E. ——— M. Bullen: A. 38 bis 40, B. 35—38, C. 32—35, D. ——— M. Kalben u. Kühe: A. 39—40, B. 35—38, C ———, D. ———, E. bis — M. Kälber: A. 70—80, B. 60—69, C. 49—60, D. 27—38 M. Schafe: A. 39 bis 40, B. bis 36, C. bis 30—32 M. Schweine: A. 58 (Schlachtgewicht 71—73), B. 56—58 (70—72), C. 54—57 (68—71), L. 54—55 (68—69), E. 50—54 (62—67), F. 48—56 (60—70) M. Verlauf und Tendenz: langsam. Ueberstand: 45 Rinder, 23 Kälber, 31 Schafe, 200 Schweine. Die Schlachtgewichtspreise für Schweine verstehen sich unter Berücksichtigung eines Taraabzuges von 20 %.

C. Neueste Handels-Depeschen.

W. New-York, 15. Febr. Roter Winter-Weizen loko 129¼, per März —,—, per Mai 129¼, per Juli 111, per Sept. —,—, Mais per Mai 76¼, per Juli 76¼, per Sept. 76⅛. Mehl 4,45. Getreidefracht nach Liverpool 1¼.

W. Chicago, 15. Febr. Weizen per Mai 112½, per Juli 103⅜, Mais per Mai 67⅜.

W. New-York, 15. Febr. Petroleum Standard white in New-York 7,90, do. in Philadelphia 7,90, do. in Refined Cases 10,30, do. Credit Balances at Oil City 140.

W. New-York, 15. Febr. Schmalz Westernsteam 13,00, Rohe und Brothers 13,25.

Verantwortlich: Für Politik und Feuilleton: Dr. Walther Sebenbieden für Provinz, Allgemeines, Börsen-, Handelsteil: Max Ebeling; für Oertliches Heinrich Wiesehner; Schlußredaktion A. Berwecke, sämtlich in Halle a. S.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191002162-17/fragment/page=0003

Die Kursbrik in Quartalsheften gibt die Einsterminen an. Es bedeutet: (q 1. Jn - 4. Apr.) 1. Juli (1. Okt.) a 1.1.7. (d 1.4.10.) (g 15.3.9. (k 15.6.12.) quartalsfrei 1.4.7.10. (p 1. Jn - 31. Mai) 61. Aug. (N 1. Nov.) b 1.2.8. (e 1.5.11.) h 15.4.10. (l 11.6.12.) 1.2.5.8.11. (r 1. Mai - 61. Juli) 91. Sept. (D 1. Dez.) c 1.3.9. (f 1.6.12.) i 15.5.11. (w versch. 1.6. 1.3.6.9.12.

Berlner Börse, 15. Febr. 1910

Umrechnungssätze: 1 Fr., Lire, Leu, Peseta: 80 Pf. — Oest. 1 fl. Gold: 2 M., Währ.: 1,70, 1 Kr.: 0,85. — 1 fl. südd.: 1,2. — 1 fl. holl.: 1,70. — 1 M. Banco: 1,50. — 1 Kr.: 1,125. — 1 Rbl.: 2,16. 1 Gold-Rbl.: 3,20. — 1 Pause: 4. — 1 Doll.: 4,20. — 1 Yuan: 1,680.

Berlin. Bankdiskont 5 %, Lombardzinsfuß 6 %, Privatdiskont 3 %. Nachdr. verb.

Dtsch. Fds. u. Staats-Pap.																							
Dt. Reichs. Sch.	d	4	100.50	G	Deutsche Pfandbriefe																		
do. 1. 4. 10	d	4	100.00	G	Berlin. Pfdb.	a	5	112.20	G	Stamen. Anl.	r	4½	96.75	B	Stamen. Schuldk.	g	4	———					
do. 1. 7. 12	d	4	100.80	G	Worms . 01	a	4	100.30	B	Türk Administ.	e	4	88.75	B	Türk Administ.	e	4	88.75	B				
Pr. Schatz 12	a	4	100.80	G	do. 05	a	4	100.30	B	do. Bagd.-A.	e	4	87.30	B	do. Bagd.-A.	e	4	87.30	B				
do. 13	d	4	101.00	G	do. 06	a	4	100.30	B	do. unint. 03	e	4	———		do. unint. 03	e	4	———					
Dt. Schs. Anl.	v	3½	94.25	G	do. 08	a	4	101.00	G	do. 05	e	4	94.80	G	do. 05	e	4	94.80	G				
do. do.	d	4	85.40	G	do. 09	a	4	101.50	G	do. 06	e	4	87.10	G	do. 06	e	4	87.10	G				
do. do.	v	3½	85.40	G	do. neue	a	4	100.80	G	400 Fr. L.	e	3	178.60	B	Rash Oeeb.	d	4	178.60	B				
Pr. Anl.	v	3½	94.25	G	do. 10	a	4	100.80	G	Ung. Goldrat.	e	4	——.60	B	Sudest. (Lb.)	e	2.6	59.00	G				
do. do.	v	3½	85.40	G	do. kleine	a	4	94.10	G	do. kleine	e	4	86.30	B	do. Obligat.	e	5	102.75	G				
do. do.	v	3½	85.40	G	do. Kronen	a	4	———		do. kleine	e	4	92.70	G	do. Kronen	e	4	85.60	G				
do. Staff. A	v	3½	101.60	G	do. Staatsrat	a	3½	82.90	G	Ung. Lokalb.	e	4	88.90	G	Pr. Hyp. A.-B.	a	3.5	105.60	G				
Bad. St. A. 01	a	3½	101.10	B	do. Lose		frc	———		do. do.	e	4	94.00	G	do. do.	a	3.2	93.90	G				
do. do. 02	d	3½	———		do. Grundentl.	e	4	94.00	B	Ivang. Domb.	a	4½	98.00	B	do. do.	a	3½	98.00	G				
Bayern. Anl.	a	4	101.90	G	bucar. Anl. 88	e	4½	98.75	G	Ivan. 1889	d	4	89.10	G	ab 80 r 125	a	4	101.50	G				
do. do.	v	3½	93.40	G	do. 98	e	4½	97.90	G	Mosk. Jar. A.	d	4	88.10	G	do. do.	v	3½	98.00	G				
Sächs. Anl.	v	3½	———		do. 98	a	4½	———		do. Kursk	e	4	88.75	G	do. do.	v	3½	98.00	G				
Brasch. Schl. A.	v	3½	———		Budap. St.-A.	e	4	91.00	G	do. Smol.	e	4	88.75	G	do. do.	v	3½	98.00	G				
Gram. Anl. 90	a	3½	92.30	G	Bucar. A. 100	e	4½	91.60	G	Nicolai Bahn	e	4	92.20	G	do. Ukr. 91	d	4	99.90	G				
do. 96	d	3½	———		do. 100	e	4½	91.60	G	Orel-Gr. 89	d	4	88.90	G	do. Ukr. 91	d	4	100.90	G				
do. 08	c	4	101.30	G	do. Pas.	e	5	103.40	B	Sto. Pfandb.	d	4	88.90	G	do. Komm. 09	a	4	100.90	G				
Cassel. Lehr.	v	3½	94.30	G	do. 1908	d	5	99.40	G	Transkank.	k	3	76.90	B	do. 1909	a	4	101.50	G				
do. XII. u. 17	d	3½	95.60	G	do. 1909	d	5	99.80	G	Kasiow Wor.	d	4	88.90	G	do. Hyp. Verr.	d	4	99.75	G				
do. XIII. u. 14	d	4	101.60	G	Gothan. A. 06	a	4	99.80	G	Kursk-Kiew.	d	4	92.00	G	do. do.	a	3½	94.30	G				
Hamb. St. R.	v	3½	94.75	B	Posensche	a	4	———		Moskau-Kaz.	d	4	92.00	G	Pr Pfbrb. XIII	a	4	100.00	G				
do. 1907	d	4	101.60	G	Konosh. St. A.	a	4	83.20	G	do. do.	d	4	83.80	G	do. XVIII-XXI	a	4	99.75	G				
do. m. 57 04	v	3½	94.20	G	do. St. A.	a	4	———		Nikolajewsk	d	4	85.25	G	do. XVI (1.4.)	a	4	100.50	G				
do. do. 86 02	v	3½	84.60	G	Lissaer. St. A.	a	4	83.20	G	do. Ufa	d	4	89.25	G	do. XVIII (17)	d	4	100.50	G				
Hessen. Obl.	a	3½	———		Posen. St. A.	a	4	101.70	G	do. Riesan	b	4	91.80	G	do. XXIII (16)	a	4	101.00	G				
do. 93 00	d	3½	92.50	G	do. 10 Lrst.	e	frc	37.10	G	do. Windrib.	d	4	89.10	G	do. XXVI (14)	a	4	94.25	G				
do. 96 03 05	v	3½	91.90	G	Posn. St. A.	a	4	———		do. Saratow	d	4	88.10	G	do. XVIII (08)	d	4	91.00	G				
Lüb. St. A. 06	a	3½	101.00	G	Stockh. St. A.	a	4	100.10	G	do. Uralsk 94	c	4	———		do. XXIV (12)	a	4	91.80	G				
do. do. 96	a	3½	92.60	G	do. do.	b	3½	33.60	G	do. 97 unk 06	e	4	89.20	G	do. XXIII (14)	a	4	100.10	G				
Meckl. Eis. Schl.	a	3½	———		Venedig. Stadt	e	frc	———		Wybinsk gar.	d	4	89.20	G	do. do. 04	a	3½	95.00	G				
do. no. 90	d	3½	92.90	B	Wien. Comm.	a	4	40.10	G	Sdd-Ost. 98	d	4	89.20	G	do. Kom. Ob. II	d	4	100.50	G				
Oldb. St. A. 03	a	3½	92.00	G	do. Invest.-A.	a	4	98.10	G	Wrschw. X. XI	d	4	91.75	G	do. VI (17)	a	4	101.25	G				
do. do. 09	a	3½	———		do. St.-A. 98	a	4	96.70	G	Wladik. 20	d	4	98.50	B	do. VII (17)	a	4	101.25	G				
Sachs. G. Stk.	a	3½	100.90	G	Budap. Hypo.	a	4	———		do. 1895	d	4	98.00	G	do. III (17)	a	3½	100.10	G				
Sachs. W. Anl.	a	3½	94.90	G	Grdp. Nat. Pfb.	e	5	100.60	G	do. 1898	d	4	90.00	G	Rh HP 83-85	a	4	99.80	G				
Sachs. Rent.	a	3½	84.90	B	Finl. Hy VP 182	a	4	———		Zarskoe Selo	a	5	98.50	G	do. 89-92	a	4	99.80	G				
Brandb. Prov.	d	3½	101.30	B	do. Stg. A. II.	d	4½	94.90	B	An. Eis. 2040	d	5	103.30	G	do. Kom. Obl.	d	3½	91.80	G				
do. do.	d	3½	———		Holl. Komm. L.	a	3	107.50	B	Rhn. Nwtf. E.	d	4	100.00	G	Rh. Wstf. E.	a	4	———					
Hann. Pr. Anl.	a	3½	———		Ital. Hyp. Obl.	a	4	———		do. Erg.-Netz	d	5	102.60	G	Rh. Wstf. Kr.	a	4	99.70	G				
do. VII. VIII	d	3½	———		Schl. Hlds. A.	a	4	95.80	G	Eg. Ken. Ass.	a	3½	———		do. X. ult. 15	a	4	100.25	G				
Ostpr. Pr. Obl.	a	3½	90.90	G	do. Bod.-Kr.	a	3½	92.40	G	Pfdbr. (1.4.)	a	2.4	———		do. XI. ult. 12	d	4	100.60	G				
do. do.	a	3½	91.10	G	Konosh. K. Vr.	a	4	95.10	G	Mittelmärk.	a	4	101.70	G	do. XII. ult. 17	d	4	91.60	G				
Berg. Mrk. Ritt.	d	3½	94.75	G	Mosk. Bod.	a	4½	97.80	G	Livorno in L.	a	2.4	76.10	G	Sachs. Bdk. III	a	4	100.30	G				
Magdb. Wtfr.	d	3½	85.75	G	Nat. Kr. Vr. III.	a	4	94.00	G	Warschau. B.	a	3	67.00	G	do. IV. ult. 10	a	4	100.00	G				
Pomm. Pr. Anl.	d	3½	———		do. Kr. Obl. III	a	4	87.00	G	Portug. 1886	a	3	82.00	G	do. II.	a	3½	92.50	G				
do. W. VII.	d	3½	———		do. Jatri. Spk.	a	4	93.60	G	do. 89 ang.	a	3	96.20	G	Schwarzb. II-V	a	3½	91.00	G				
Posen. Pr. Anl.	a	3½	91.20	G	Pole. Pfandb.	a	4½	95.60	G	Sofia 07	a	4	92.00	G	do. 69-82	a	4	99.80	G				
do. neue.	a	3½	———		Port. Tab. Mon.	a	4½	———		Gard. Oblig.	a	4	101.00	G	do. I.	a	4	101.00	G				
Rhpr. Pr. XXI.	a	4	101.20	G	Raab Graz. A.	a	4½	101.60	G	Gös-Ital. B.	a	2.4	———		do. II.	a	4	———					
do. XXII. XXIII	a	3½	99.00	G	Schwdt. P. 78	a	4	100.90	G	Cr. Pacif. 49	b		———		do. III.	a	3½	93.00	G				
do. XXX	a	3.6	95.75	G	do. St. Pfdb.	a	4	92.80	G	Chile. Rosa 88	a		———		Sadd. Bodkr.	a	4	100.20	G				
do. XXIV-XXVII	a	3½	92.40	G	Serb. G. Pfb.	a	5	101.50	G	Genuerkrüm	a		———		do.	a	3½	93.60	G				
do. XX. III	a	3½	93.10	G	Stockh. 86/87	a	4	94.75	G	North. Pac. Pr.	a		———		Wstd. II-IV	a	4	99.50	G				
do. IX. XI. XV	a	3½	———		do. 94	a	3½	———		Ung. Pr. (Kr.)	a		73.50	G	do. VI-VIII	a	4	99.50	G				
Westf. Prov.	a	3½	91.60	G	Sachs. Alt. L.	a	3½	95.50	G	Ung. R. R. 46	a		———		do. VIII	a	4	100.20	G				
do. s. 15. 16	d	3½	91.60	G	do. Gothal. ehl.	a	3½	———		Pensilvania	a	3½	———		do. do. III	a	3½	92.20	G				
do. uk. 09	d	3½	97.40	G	do. Bdkrg. Pl.	d	4	99.60	G	South Pac. 14	a	4	———		do. do. IV	a	3½	92.20	G				
do. uk. 15	d	3½	92.50	G	do. Hy. Pfb. 97	a	4	94.60	G	St. Louis S. Fr.	a	4	———		do. do. V	a	3½	93.30	G				
do. II	d	3½	86.00	G	do. Sp. C. L. II	a	4	101.60	G	do. do.	a	4	94.25	F									
Westpr. Prov.	d	3½	———		do. XXV	a	3½	94.60	G	St. louis S. West	a		———		Obligat. indust. Gesellsch.								
do. do.	d	3½	———		Eisenbahn-Stamm-Aktien					Tehuant. G. A.	a	5	102.90	B	Pfandbriefe								
Stadt.-Kreis-etc. Anleih.					Asch. Mass.	f	4	87.00	G	do. unk. 14	a	4½	97.30	B	Dt. Atlant. Tel.	a	4	98.00	G				
Aiskiamöl. 01	d	4	100.60	B	do. Genuss	f	0	72.00	G	Deutsche Hypoth.-Pfandb.					N. O. Tel. Ges.	a	4	101.10	B				
Kfv. Dtwl. Tit.	d	4	100.60	B	Brasche. Ld.	f	5½	132.25	G						Deutsch. Erdöl	a	4	———					
Aachen . 93	d	3½	———		Grefelder	f	4	———		Berl. Hyp. Bk.	a	4½	98.30	G	Hypothekenbriefe								
do. III. 1912	d	4	101.25	G	Lotin-Lieb.	f	4	———		do. abg.	v	3½	91.90	G	A. G. f. Mont. Z.	a	4	95.00	G				
Altona . I. II	a	4	101.00	G	Frkf. Güterb.	f	3½	106.50	G	do. V. u. VI.	a	4½	102.50	G	Berl. Gem. Z.	a	4½	101.75	G				
Altona . 1. 4. 10	a	3½	93.40	G	Halle-Hettst.	f	4	———		(III. XIV. u. 19)	a	4	94.00	G	Allg. O. Kl. ab 2	a	3	76.30	G				
do. 01 u. 11	d	4	100.60	G	Hgse. Graez.	f	6	135.40	G	do. u. 1916	a	4	94.00	G	do. Elekt.-Ug.	a	4	100.00	G				
do. Hausm. 11	d	4	100.60	G	Liegnitz Raw.	f	4½	101.80	G	do. 1. 11. u. 14	a	4	102.30	G	do. 10. 13 VI	a	4	102.30	G				
Augsburg	d	3½	93.60	G	Sin-Saen.	f	4	———		do. III. IV. 15	a	4	99.80	G	do. Lok. u. St.	a	4	101.50	G				
Barmen 99	a	3½	92.20	G	Mckl. Fr. Wilh.	f	4½	105.00	G	do. VII. VIII 18	a	4	100.00	G	do. 96 98 3	a	4	100.60	G				
do. 01	d	3½	93.60	G	Niederlausz.	f	4	87.00	G	do. X. Kb. 1 18	a	4	100.00	G	Rhein. P.-C. 2	a	4	102.10	G				
Berlin 04 II	a	4	100.70	G	Prignitz. V. A.	f	4½	85.60	G	Sächs. Bdkr.	a	3½	94.50	G	Hy. Bank. Ant.	a	4	96.00	G				
do. 87/88	v	3½	94.60	G	Rom. Liebhw.	f	3½	———		Sarr. Bdkr.	a	4	99.90	G	Darmst. Mk.	b	6	137.90	B				
do. 88 Sen. 11	a	3½	94.60	G	Schlesw. Holst.	f	4	101.10	G	Schl. XVI.	a	4½	101.00	G	Dessaus. Ldb.	a	6½	159.90	B				
do. 99. 04. 05	a	3½	91.10	B	Russ.-Tsp.	f	4	101.20	G	Sächs. Bdkr.	a	4	100.00	G	Dt.-Asiat. Bk.	a	8	157.75	B				
Bielefeld	d	3½	100.75	B	Brunner Lok.	f	7	———		do. XXI. XXII	a	4	95.50	G	Dt. Ansiedl. B.	a	8	146.75	B				
Bonn . 96	d	3½	97.10	G	Maschenbrstr.	f	10	———		do. XXIII. XXIV	a	4	101.00	G	Deutsche Bk.	a	12	258.00	G				
Brandenb. 01	d	3½	94.20	G	Sächs. Asp.	f	4	104.00	G	Dt. Hob. II. - VI.	v	4	99.80	G	do. unk. 1911	a	4	99.80	G				
Breslau . 91	a	3½	93.50	G	Sächs. Cem.	f	4	———		do. XX. 1910	a	4	92.75	G	do. unk. 1906	a	4	102.25	G				
Bromberg 02	d	3½	———		Stettin. Elbe	f	4	———		do. XXI. 1910	a	4	———		do. HG Kaiserd.	a	4	———					
Cöln 04	a	3½	100.75	G	Stettin. Cem.	f	4	———		do. XXIII.	a	4	102.00	G	do. unk. 1912	a	4	100.75	B				
Charl. 89/99	d	3½	100.75	G	Thüringer	f	4½	102.00	G	do. XIV. u. XVI	a	4	99.80	G	Dresdner Bk.	a	7	167.00	G				
do. 98 uk. 11	d	3½	100.75	G	Wernigerode	f	4	———		do. XVII. XIX	a	4	99.80	G	Dresdner Bk.	a	7	105.00	G				
do. 07 uk. 12	d	3½	101.40	G	Deutsche Eisenbahn-Stammaktien					do. XIII. u. 13	v	4	94.10	G	Frankf. Hdl.	a	4	104.00	G				
do. 1908	d	3½	101.90	G	Ausl. Fonds u. Pfandbriefe					do. XIV. u. 14	v	4	94.10	G	Gresw. Wag. A.	a	4	101.90	G				
do. 95. 99. 02	v	3½	99.00	G	Arg. Eisb. 90	a	5	101.90	G	do. XV. XVI	a	4	100.20	B	Grosswerder	a	4	101.90	G				
Cöln 94. 03	v	3½	93.60	G	do. inn. Gld. 07	k	5	114.50	G	do. XVII. XIX	a	4	100.75	G	Leipziger Bk.	a	7	145.00	G				
do. 1900	d	3½	101.00	G	do. Anl. v. 87	a	5	102.20	G	do. XVIII. XIX	a	4	100.75	G	Lessner Bk.	a	7	131.00	B				
Danzig	d	3½	100.50	G	do. v. 1909	a	5	102.00	G	do. VIII. IX	a	4	101.40	G	do. Kredit	b	4½	109.00	G				
Dt. Wilmersd.	d	3½	———		do. ab 1000	a	5	102.00	G	Pr. Hyp. Pfdb.	a	4	95.00	G	Meiningen. Hyp.	b	4	101.75	G				
Dortmund	d	3½	94.00	G	Inn. 4000 M.	a	4½	———		do. 17	a	4	101.40	G	Mitteldt. Bodk.	a	4	100.00	G				
do. 12	d	3½	100.75	G	Arg. Cent. Bah.	a	4	101.25	G	do. 1. uk. 13	a	4	92.50	G	do. Kreditb.	a	4	132.90	B				
Dresden	d	3½	101.00	G	do. Gs. 8. 87	a	4	91.80	G	Pr. Hy. A. XIV	a	4	100.00	G	do. Privatbk.	a	7	182.20	B				
do. 1905	d	3½	———		Bosnisch. Anl.	b	4	———		do. HpKr. V. 4	a	4	100.00	G	Nanno. Hyp. S.	a	4	98.60	G				
Düsseldorf 99	a	3½	100.60	G	do. 02	a	4	75.00	G	do. 46	a	4	99.60	G	Hannov. Bank	a	4	98.60	G				
do. 88/1903	v	3½	92.90	B	Buen. Air. 90	a	5	114.50	G	do. 47	a	4	99.60	G	Oldenb. Ant.	b	4	76.20	G				
Duisburg 99	a	3½	———		do. 08	a	5	99.00	B	Gth. Grdkr. I.	a	4	100.00	G	Pr. Bodkr.	a	4	101.00	G				
do. 1902	a	3½	92.30	G	Bulg. St. A. 92	a	6	———		do. II.	a	4	94.30	G	Pr. Hypo. Ant.	a	4	143.70	B				
Eisenach 98	d	3½	92.60	G	Chin. Anl. 95	a	5	———		do. III.	a	4	118.50	G	Dt. Bierbr. 3	a	4	101.20	G				
Elberfeld 99	a	3½	100.60	G	do. v. 96	a	5	102.70	G	do. VI.	a	4	99.50	G	Dt. Eis. Bd. 2	a	4	———					
Elbing 1917	a	3½	———		do. Tientsin. P.	a	5	105.00	G	do. VII.	a	4	99.70	G	Marienhütte B	a	4	105.75	G				
Erfurt 93. 01	d	3½	100.60	G	do. v. 98	a	5½	100.10	B	do. XI. u. 13	a	4	99.70	G	Oberschles. A.	a	3½	101.00	G				
do. 96. 99	d	3½	———		Chin. Anl. 95	a	5	———		do. XIV. u. 16	a	4	99.70	G	Oberschles. B.	a	3½	101.00	G				
Essen 79. 01	v	3½	94.75	G	Egypt. A. gar.	b	4	100.25	G	do. XV. u. 17	a	4	100.10	G	Pr. Bergw. St.	a	4	101.00	G				
Frankfurt	d	3½	100.60	G	Ital. Rente	a	5	89.60	G	do. XVI. u. 18	a	4	100.10	G	Rheinbraun	a	4	101.00	G				
do. 1900	d	3½	———		Rumän. 03	f	5	102.20	G	do. XVII. 19	a	4	100.25	G	Rheinelbe	a	4	99.40	G				
Freibg. i. B.	a	3½	92.50	B	do. 89	a	4	95.25	G	do. XIX. u. 19	a	4	101.00	G	Stahlwerk	a	4	92.25	G				
do. 12	c	3½	100.60	G	Russ. Gold.	a	4	98.90	G	Dt. Hyp. B. 13	a	4	99.50	G	Ver. Chemnitz	a	4	———					
Fulda 1907	d	3½	100.50	G	Serb. Gold	a	5	101.75	G	do. 14	a	4	99.50	G	Ver. Glanzstoff	a	4	101.70	G				
Görlitz 1900	d	3½	———		do. Tabak	a	5	99.60	G	do. 23	a	4	99.40	G	Ver. Kunstseide	a	4	———					
do.	d	3½	93.00	G	do. Monopol	a	4	94.30	G	Dt. Kate. W. 3	a	4	100.00	G	do. 2	a	4	92.25	G				
Halberst. 97	d	3½	93.50	G	do. Pr. I. 400	a	4	175.00	G	do. Wasserw. 2	a	4	97.50	G	Elektr. u. A.	a	4	———					
Hagen 1908	d	3½	92.00	G	Jap. A. D. 1.	a	4	99.00	G	do. Wasserw. 2	a	4	———		Elektrochem. W.	a	4	101.70	G				
Halle 86/92	v	3½	———		do.	a	4	94.30	G	Donnersmarck	a	3½	96.25	G	Engl. Wollw. A.	a	4	———					
do.	d	3½	———		Ital. Rente	a	5	89.60	G	do. ank. 06	a	4	99.60	G	Finsch. Schiffb.	a	4	104.00	G				
Hannover 95	d	3½	100.60	G	Mex. 1910	a	5	102.75	G	Dt. Erdöl. A.	a	4	101.00	G	Frist. Rosam.	a	4	102.50	G				
Heidelberg 03	d	3½	92.40	B	Mex. Gold.	a	4	96.40	G	Dt. Erdöl. Kr.	a	4	99.90	G	Gebr. Gaudlitz	a	4	101.25	G				
Hildesheim	a	3½	———		do. 1000 M.	a	4	———		Dt. Hyp. A.-B.	a	4	99.90	G	Gg. Mar. Sgwerk	a	4	99.90	G				
Kaiserslaut.	d	3½	100.60	G	do. 2100 M.	a	4	———		do. Lehnbank	a	4	100.10	G	Germ. Schiffz.	a	4	103.10	G				
Karlsruhe kl.	v	3½	———		Norweg. A. 93	a	4	100.25	G	Dt. Ostbk.	a	4	99.60	G	Gs. f. al. Unt.	a	4	98.40	G				
do.	d	3½	92.00	G	Oesterr. Gold.	a	4	95.20	G	Dt. Reichsb. Ant.	a	4	101.00	G	Gl.-Aufsd.	a	4	101.40	G				
do. 86/89	d	3½	90.50	G	do. Kronen.	a	4	95.20	G	Rheinisch. Pfdr.	a	4	100.00	G	Gr. Berl. Strbn.	a	4	99.30	G				
Kiel 89. 98	d	3½	———		do. ein. kw. St.	a	4	98.90	G	Schles. Bodkr.	a	3½	94.40	G	Hamburg. Pack.	a	4	103.00	G				
do. 1904	d	3½	100.60	G	do. Silb. St. A.	a	4	———		Schwarzb. Hyp.	a	3½	92.00	G	Hellebeisell	a	4	103.00	G				
Königsbg. 99	d	3½	100.70	G	do. Pap. Rente	a	4	74.00	G	Stadt. Hyp. A.	a	4	100.00	G	Harb. Berger.	a	4	———					
Ludwigsh. 06	d	3½	100.00	G	do. 60r Lose	a	4	74.00	G	Westf. Prov. H.	a	4	100.00	G	Hansa Dampf.	a	4	104.00	G				
do. 02	d	3½	92.40	G	Port. St. A. 11	a	3	66.00	G	Württ. Hypbk.	a	4	100.00	G	Gg. Mar. Sgwerk	a	4	99.90	G				
Magdeburg	d	3½	95.20	G	Port. St. A. II	a	3	66.00	G	Sonstige Pfandbriefe					Gs. f. al. Unt.	a	4	98.40	G				
do. 91. u. 10	a	3½	101.50	G	Rum. Stadt.	a	4	102.50	G	Ausländische Eisenbahn-Stammaktien					Gl.-Aufsd.	a	4	101.40	G				
do. 06. u. 10	a	3½	101.50	G	Rumän. 03	f	5	102.20	G	Argentinische					Gr. Berl. Strbn.	a	4	99.30	G				
do. 02. u. 17	a	3½	101.50	G	do.	a	5	102.20	G	Bosnische					Hamburg. Pack.	a	4	103.00	G				
Mainzer 16	a	3½	100.60	G	Russ. Gold.	a	4	98.90	G	Brasilianische					Hellebeisell	a	4	103.00	G				
Mannh. 1901	a	3½	100.70	G	do. Gold.	a	4	———		Chilenische					Harb. Berger.	a	4	———					
Minz. 95. 02	d	3½	99.50	G	do. Gold.	a	4	91.60	G	Chinesische					Hansa Dampf.	a	4	104.00	G				
Mülheim Rhr.	d	3½	93.00	G	do. 96	a	4	92.50	G	Dänische					Hansa Lloyd	a	4	102.90	G				
München 94	v	3½	93.50	G	do. 1904	a	4	91.60	G	Deutsche					Hansa Stm. Sch.	a	4	105.00	G				
do. 1900. 01	d	3½	100.00	G	do. 1905	a	4	91.60	G	Englische					Hansa Dampf.	a	4	101.00	G				
do. 1907. 12	d	3½	100.00	G	do. 1906	a	4	91.60	G	Französische					Hansa Dampf.	a	4	101.00	G				
do. 1908	d	3½	102.20	G	Russ. Anl.	a	4	91.60	G	Griechische					Norddeutsch.	a	4	101.00	G				
Nürnb. 99. 01	d	3½	100.50	G	do. Gold.	a	4	99.40	G	Italienische					Nord. Lloyd	a	4	101.00	G				
do. 1899. 01	d	3½	100.50	G	do. Gold.	a	4	———		Japanische					Ostasiatische	a	4	101.00	G				
Offenb. a. 18	d	3½	92.10	G	do. Vi. Fm. 94	a	4	———		Mexikanische					Pommersche	a	4	101.00	G				
Posen 94. 03	a	3½	100.50	G	do. Gold. 1904	a	4	95.20	G	Niederländische					Rügensche	a	4	101.00	G				
Potsdam 02	d	3½	95.20	G	do. Eisb. 1. II.	a	4	———		Norwegische					Sächsische	a	4	101.00	G				
Regensburg	d	3½	———		do. 02	a	4	91.75	G	Portugiesische					Schlesische	a	4	101.00	G				
Rostock	d	3½	92.25	G	Ros. Eisb. 05	a	4	91.00	G	Rumänische					Schleswig-Holst.	a	4	101.00	G				
Schwa. 04	d	3½	101.40	G	do. Staatsrt.	a	4	———		Russische					Westfälische	a	4	101.00	G				
do. 04	d	3½	92.60	G	Russ. Nicol. B.	a	4	91.75	G	Schwedische					Westpreußische	a	4	101.00	G				
Schwerin	d	3½	92.60	G	do. Pr. A. 64	a	5	449.50	G	Serbische					Westpreußische	a	4	101.00	G				
Spandau	d	3½	———		do. 66	c	5	———		Spanische					Wolgaische	a	4	101.00	G				
Stendal	d	3½	———		do. Bodenkr.	a	5	111.75	G	Türkische					Zentralamerikanische	a	4	101.00	G				
do.	d	3½	92.90	G	do. vorw. Ob

Nr. 78. 16. Februar 1910.

Sonderbeilage zur Halleschen Zeitung, Landeszeitung für die Provinz Sachsen.

Ministerpräsident v. Bethmann Hollweg zur preußischen Wahlrechtsvorlage.

Vielfachen Wünschen aus unserem Leserkreise zufolge geben wir die bedeutungsvolle Rede, die der preußische Ministerpräsident, Herr v. Bethmann Hollweg, am 10. cr. zur Wahlrechtsvorlage im preußischen Abgeordnetenhause gehalten hat, nachstehend im ungefähren Wortlaut wieder:

Meine Herren! Mit Ihrer Uebereinstimmung soll nach der Ankündigung der Thronrede vom 20. Oktober 1908 durch das Ihnen vorgelegte Wahlgesetz das Wahlrecht zum Hause der Abgeordneten auf den auf der Verfassung beruhenden Grundlagen organisch fortgebildet werden. Ebenso wie damals lehnt es auch heute die Staatsregierung ab, diese Grundlagen zu verlassen. Sie läßt sich in diesem Entschlusse auch nicht wankend machen durch die Kritik, die vorweg an diesem Gesetzentwurf geübt worden ist. Die Staatsregierung hat den Entwurf eingebracht keiner Partei zu Liebe oder zu Leide. (Lachen links, lärmende Zurufe der Sozialdemokraten.) Sie läßt sich hierin auch nicht von Strömungen der Oeffentlichkeit leiten, sei es, daß diese eine radikale Reform fordern oder jede Aenderung entschieden ablehnen. Sucht nach Popularität wird keinen Schritt der Regierung bestimmen. (Lachen links.) Das will ich auch denen gesagt haben, die hinter meinem Bestreben, die Sache sachlich zu behandeln, Aengstlichkeit und Unsicherheit wittern. Aber noch einer anderen Vorstellung muß ich von vornherein entgegentreten. Man hat es so dargestellt, als sei es gar nicht die wirkliche Ueberzeugung der Staatsregierung, daß das Wahlrecht geändert werden soll (Zurufe der Sozialdemokraten: Natürlich!), als habe sie diese Vorlage nur eingebracht, weil sie durch den Passus der Thronrede in eine Zwangs- und Notlage versetzt worden sei. Man hat zwischen der Thronrede und der Ueberzeugung der Staatsregierung, ja, der des Königs selbst einen Widerspruch festzustellen gesucht. Daran ist kein Wort wahr. Was die Thronrede ankündigt, ist die Willensmeinung Sr. Majestät des Königs, und für diese Willensmeinung tritt die königliche Staatsregierung mit ihrer vollen Verantwortung ein. Ich sprach vorhin von Strömungen in der Oeffentlichkeit, die die Reform des Wahlrechts fordern. Laut genug machen sie sich geltend. Aber um so ruhiger muß man sehen, was hinter ihnen steht. Daß die Sozialdemokratie das Dreiklassenwahlrecht und jede nicht mindestens auf das Reichstagswahlrecht hinauskommende Reform in Grund und Boden verdammt, das ist nicht verwunderlich; bei den Herren spricht der nackte Wille zur Macht seine Sprache. (Sehr richtig! rechts. Unruhe und Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten.) Sie hoffen, mit einem Wahlrecht auf breitester demokratischer Grundlage das Staatsgefüge Preußens zu lockern (Sehr richtig! rechts) und erblicken darin eine Etappe auf ihrem Wege zur allmählichen Unterminierung des monarchischen Staates. (Sehr richtig! rechts; Unruhe und Rufe bei den Soz.: Auf dem Wege der Vernunft!) Auf dem Wege werden wir den Herren nicht folgen. (Abg. Borgmann: Sie werden schon müssen! — Gegenrufe rechts: Ruhe!) Und darum bleibt jede Agitation und jeder Zwischenruf, der von Ihnen erfolgt, auf die Entschlüsse der Staatsregierung völlig wirkungslos. (Abg. Borgmann: Abwarten! Sie werden schon lernen! — Gegenrufe rechts: Ruhe!)

Bei der Forderung des Zentrums und des Freisinns nach dem Reichstagswahlrecht scheinen mir nicht so sehr Sucht nach eigener Herrschaft, wie ethische und theoretische Motive maßgebend zu sein. Das Zentrum wird kaum an Sitzen verlieren, gleichgültig, ob nach dem Reichstagswahlrecht oder nach dem Dreiklassenwahlrecht reformiert wird. Es würde auch mit dem Reichstagswahlrecht an Stärke nicht gewinnen; höchstens würden die Persönlichkeiten wechseln. Und der Freisinn — kein Mensch wird den Herren vorwerfen, daß hinter ihren Wünschen eigennützige Bestrebungen stehen. So glänzende Zeiten wie in den 60er Jahren des Abgeordnetenhauses hat der Fortschritt, der ausgesprochene Fortschritt, im ganzen Reichstage noch nicht gehabt, und damals wurde er doch von einem Bismarck bekämpft. Und heute? Die Landtagswahlstatistik ist vielfach angegriffen worden. Aber es ist auch vielfach der Aufmerksamkeit entgangen: heute verdankt von all den Herren, die die freisinnige Vereinigung ausmachen, nur ein einziger seinen Sitz einer Majorität auch in der dritten Wählerklasse, also derjenigen Wählerklasse, der man angeblich mit dem Reichstagswahlrecht zum Siege verhelfen will und die die entrechteten Volksmassen enthalten soll. In dem Nennen um die Gunst der Massen werden Sie (zu den Freisinnigen) hinter der Sozialdemokratie immer um mehrere Pferdelängen zurückbleiben (Zustimmung rechts), oder Sie müssen, wie es in dem extremen Flügel der bürgerlichen demokratischen Presse schon heute geschieht, Töne anschlagen, die nicht mehr damit in Einklang stehen, daß Sie die Vertreter des gebildeten fortgeschrittenen Bürgertums seien. (Sehr richtig!) Verlassen Sie aber erst einmal diese Position, dann büßen Sie Ihre Selbständigkeit und damit die Bedeutung ein, die eine Fortschrittspartei für das politische und staatliche Leben hat. (Unruhe links.) Sie würden zwar die Demokratisierung des preußischen Staates, die Schwächung der Konservativen erreichen und damit Ihre Wünsche erfüllen, aber lachender Erbe wäre ein dritter. (Sehr richtig! rechts.) Ich wiederhole: Sucht nach eigener Herrschaft steht nicht hinter Ihren Wünschen. Mit dem Zentrum halten Sie jedes abgestufte Wahlrecht und vollends das Dreiklassenwahlrecht für verwerflich (Sehr richtig! links) und allein das gleiche Wahlrecht für menschenwürdig. Im Streit hierüber werden wir uns nie einigen. Sie sind der Ansicht, daß der nackten Zahl und damit der großen Masse der politische Einfluß ausgeliefert werden muß, damit sich Preußen glücklich entwickele. Ich bin der Ueberzeugung, daß die nackte Zahl zwar der bequemste, aber nicht der alleinige Gradmesser für die politischen Rechte einer Nation ist. Sie halten mit theoretischer Zähigkeit an einer überkommenen Forderung fest, unbekümmert um alle Erfahrungen, welche mit dem gleichen Wahlrecht gemacht worden sind und gemacht werden, unbekümmert um die gewaltige Verschiebung der staatlichen Verhältnisse, die dadurch eingetreten ist, daß die Kompetenzen zwischen dem Reich und den Einzelstaaten geteilt worden sind und daß wir in Preußen selbst umfangreiche Staatsaufgaben auf die Kommunalverbände übertragen haben. (Zuruf links: Süddeutschland!) Sie werden es mir daher nicht verargen, wenn ich in eine theoretische Diskussion über die Vorzüge und Nachteile des abgestuften Wahlrechts einerseits und des gleichen Wahlrechts andererseits nicht eingehe. Wir würden niemals zu praktischen Ergebnissen hierin kommen. Aber weiter! Auch in den Kreisen des gemäßigten Liberalismus, der für Preußen das Reichstagswahlrecht verwirft und der im Prinzip an einem abgestuften Wahlrecht festhält, ist die Bewegung, welche eine Reform des bestehenden Wahlrechts verlangt, beinahe ebenso lebendig. Ich halte es für falsch, diese Bewegung, wie es wohl geschieht, zum großen Teil auf Stimmungsmache zurückzuführen. Es ist ja möglich, daß die radikalen Wünsche auf gewisse Kreise abgefärbt haben. Die Suggestionskraft ist im Zeitalter der Zeitungen groß. (Heiterkeit rechts. Unruhe links.) Aber ich will das nicht untersuchen. Kein Unbefangener sollte leugnen, daß die Wahlrechtsfrage auch für den gemäßigten Liberalismus zu einer sehr ernsten Frage geworden ist. So offen und ehrlich ich dies zugebe und bewerte, muß ich mich doch fragen, ob es wirklich die Mängel des Reichstagswahlrechts und die Vorzüge der erstrebten Reform sind, welche der Wahlrechtsfrage zu dieser Bedeutung verholfen haben. Mir scheint vielmehr, daß die Wahlrechtsfrage allmählich die Formel geworden ist, in der alles, was an politischer Unzufriedenheit und politischer Mißstimmung besteht, möge es mit dem Wahlrecht zusammenhängen oder nicht, zusammengefaßt ist. (Sehr richtig! rechts. — Zurufe bei den Sozialdemokraten: Mit Recht!) Und dann wird auch die erstrebte Reform als der Punkt hingestellt, um den sich alles dreht. Und damit wird auch die erstrebte Reform als der Punkt dargestellt, in dem alle Leiden kuriert werden können. Das ist der Grund, weshalb sich die Wahlrechtsfrage so tief eingefressen in und eine Bedeutung gewonnen hat, die psychologisch unendlich weiter reicht als praktisch. Darüber kann man nicht hinwegkommen, auch wenn man unbefehen die Schlagworte hinnimmt, in denen sich diese Stimmung ausdrückt. Reaktion, Bureaukratismus, Polizeiregiment, agrarischer Feudalstaat, Junkertum sind ungefähr die Dinge, die mit der Reform des Wahlrechts beseitigt werden sollen. (Sehr richtig! links.) In ruhiger Diskussion wird wohl auf vielen Seiten zugegeben werden, daß darin handgreifliche Uebertreibungen liegen, aber man verlangt die Modernisierung eines ursprünglich auf überwiegend agrarische, zum Teil angeblich auch auf feudale Zustände zugeschnittenen Wahlsystems, das seinerzeit vielleicht den Zwecken gedient hat, jetzt aber veraltet sei, nachdem der Staat seinen feudalen Charakter längst abgestreift habe. Das bestehende Wahlsystem, behauptet man, mache das Großgrundbesitztum, also den einseitigen Konservatismus, zum Beherrscher der Situation, während die anderen Stände, Handel, Industrie, Gewerbe, Arbeiterstand längst in eine gleichberechtigte Stellung eingerückt seien. Luft und Licht für alle, das ist der Grundton der Bewegung. Weil man diese Forderungen mit der Reform des Wahlrechts identifiziert, darum greift die Wahlrechtsfrage so tief. Nun kommt dazu noch ein anderes. Wir haben soeben in England sich einen Wahlkampf mit beispielloser Leidenschaft abspielen sehen. Die Waffen, die dort gebraucht worden sind, waren zum mindesten ebenso scharfzig wie sie bei uns gewöhnlich sind. Das ist im Wahlkampf an sich nicht wunderbar, aber eine hundertjährige politische Kultur und Erziehung verhindert die Engländer, politische oder gar religiöse Gegensätze auf das persönliche und soziale Gebiet zu übertragen. Der Engländer schätzt den Engländer nicht danach ein, ob er politisch oder religiös ebenso denkt wie er. Bei uns sind wir noch nicht so weit. Auf allen Seiten noch nicht. Bei uns heißt es noch heute, der denkt anders wie ich, also steht er eine Stufe tiefer. Daher kommt es, daß unsere politischen Zustände von einem Gefühl der Bitterkeit erfüllt sind, das tiefer steckt als die Realitäten in politischer Hinsicht. Der Konflikt, der im letzten Sommer über die Reichsfinanzreform entstanden ist, ist deshalb so scharf geworden, weil er in die Form der persönlichen Verstimmung, ja der Mißachtung übergegangen ist. Ich will die Schuldfrage nicht untersuchen. Hier scheinen alle schuld zu sein. Nun gibt es beim Dreiklassenwahlrecht Dinge, die als Mißstände empfunden werden und Mißstände sind, und man erwartet von einer radikalen Reform dieses Wahlrechts den Wandel aller Dinge. Das ist die Täuschung! Es möchte sich hören lassen, wenn es möglich wäre, die politischen Kräfte der Nation rein ziffernmäßig genau gegeneinander abzuwerten und dann die Verhältnisse im Parlament zusammenzufassen. Aber das sind Theorien, und wichtiger als die Theorie scheint mir doch die Praxis. Da ist es zunächst unrichtig, daß das politische Wahlsystem auf agrarische und feudale Verhältnisse zugeschnitten ist. (Sehr richtig! rechts.) Wie ist es denn in Wirklichkeit gewesen? Das Abgeordnetenhaus ist von fortschrittlichen zu nationalliberalen und von nationalliberalen zu konservativen Majoritäten gekommen. Dafür ist nicht die Form des Wahlsystems, sondern dafür ist die Stellung bestimmend gewesen, die die Parteien zu den aktuellen politischen Problemen eingenommen haben. (Beifall rechts.)

Trifft es denn weiter zu, daß die Mängel, die man dem preußischen Wahlsystem nachsagt, die angebliche Entrechtung der Volksmassen, die Bevorzugung des Agrariertums, des Großgrundbesitzes, sein plutokratischer Charakter, daß diese Mängel die Arbeit und Politik des Abgeordnetenhauses auf eine die niederen Stände bedrückende, einseitige und plutokratische Richtung bringen?

Es ist so sehr Sitte geworden, Preußen als das Land der finstersten Reaktion hinzustellen (Lärm bei den Soz. und Zurufe: Das ist die Wahrheit!, Widerspruch rechts), daß ich mich schon im voraus auf die Kritik freue, die mir von denen zu teil werden wird, von denen diese Behauptung aufgestellt wird. Ich fürchte sie aber nicht.

Es ist notwendig, einer Farce, die immer wieder als ein Gespenst aus vormärzlicher Zeit hervorkommt und schließlich im In- und Auslande als ein lebendiges Wesen angesehen wird, einmal ins Gesicht zu sehen. (Sehr gut! rechts.) Nicht um einen Lobeshymnus auf die preußischen Zustände anzustimmen, das wäre genau so abgeschmackt, wie das Häufen von Schimpf und Schande, das Beschmutzen des eigenen Nestes, abgeschmackt und unwürdig ist. (Lebhafter Beifall rechts, Gelächter links.)

Was behauptet man nicht alles, um zu zeigen, daß jedes preußische Gesetz, das mit Ihrer Hilfe und Zustimmung gemacht worden ist, einen einseitigen, rückschrittlichen, reaktionären Charakter hat, den man als Signatur seines Wahlsystems bezeichnet. Die preußischen Finanzen beruhen, wenn man in großen Zügen spricht, auf den Einnahmen aus den staatlichen Betriebsverwaltungen und aus den staatlichen Steuern. Kein Mensch kann der preußischen Einkommensteuer und Vermögenssteuer vorwerfen, daß sie die Reichen zu ungunsten der Armen bevorzugt, und noch jede Novelle, die wir neuerdings zu diesem Gesetz gemacht haben, hat die Tendenz weiter verfolgt, die Bemittelten zugunsten der Unbemittelten stärker heranzuziehen. (Widerspruch links: Zustimmung rechts.) Sehr demokratisch regierte Länder kämpfen seit Jahren, aber vergeblich, um eine solche Steuerreform. Gewiß, die wenigsten Menschen zahlen Steuern gern. Aber ich habe nicht gefunden, daß die Masse des preußischen Volkes gerade unter dieser preußischen Staatssteuergesetzgebung seufzt. Dagegen wird gerade die Reichssteuergesetzgebung als agrarisch gebrandmarkt, die wir in dem auf Grund des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts gewählten Reichstag beschlossen haben. Ich halte diese Vorwürfe nicht für begründet, aber sie werden erhoben, und gerade das letzte Reichssteuergesetz hat in vielen Kreisen besondere Mißstimmung hervorgerufen, die jetzt für Preußen das Reichstagswahlrecht verlangen. (Sehr richtig! rechts.) Unsere Betriebsverwaltungen! Ich wüßte nicht, daß die Verstaatlichung der Eisenbahnen, diese für unsere gesamte Finanzgebarung grundlegende Maßregel, unsozial wäre. Im Gegenteil, die Art und Weise, wie wir mit den von Ihnen bewilligten Mitteln in den staatlichen Betriebsverwaltungen die Lohnfrage der Arbeiter regeln, wie wir in der Eisenbahnverwaltung zum Beispiel nicht unbedeutende Aufwendungen machen, um die Stellung der Arbeiter über die Bezüge hinaus, die ihnen aus den Reichsgesetzen zustehen, zu verbessern, die Aufwendungen zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse der minderbemittelten Beamten und Arbeiter, all das sind Zeichen dafür, daß das preußische Parlament seiner sozialen Verpflichtung sich wohl bewußt ist. (Beifall rechts.)

Natürlich, die Sozialdemokraten verlangen sehr viel mehr. (Zurufe der Soz.: Koalitionsrecht.) Aber wer sich genauer umsieht, wird finden, daß viele sehr gut geleitete Privatbetriebe in der Nachbarschaft der Staatsbetriebe gar nicht in der Lage sind, den Arbeitern die gleiche Lebenshaltung zu gewährleisten wie die staatlichen. (Sehr richtig! rechts.) Ich muß noch einen weiteren hervorstechenden Zug der preußischen Gesetzgebung anführen, einen grundlegenden, ich habe ihn vorhin schon in anderem Zusammenhange flüchtig gestreift, den Ausbau der Selbstverwaltung im weitesten Sinne des Wortes. (Zurufe links: Wo gibt es denn noch Selbstverwaltung?) Ich lege dabei nicht das Gewicht auf die formale Seite der Sache, ich weiß, die Liberalen haben eine ganze Reihe von Wünschen, wohl aber auf den materiellen Inhalt dieser Selbstverwaltung, und da kann man ohne jede Uebertreibung sagen, daß der Schwerpunkt der wirtschaftlichen und kulturellen Entwickelung des Landes in der Tätigkeit der Kommunalverbände liegt, der engeren und der weiteren, der Gemeinden, Kreise und Provinzen und der Genossenschaften jeglicher Art, kurz in der Bildung aller Verbände, die dem Staatsorganismus eingegliedert sind, und die doch das Wohl und Wehe des einzelnen Staatsbürgers richtig zu beurteilen die nächsten sind. Daran sollte man doch erinnern, wenn man über die preußischen Zustände als reaktionär und rückständig spricht. Tendenz unserer Gesetzgebung in den letzten 70 Jahren ist es gewesen, einen immer und immer größeren Kreis von Aufgaben, welche bis dahin zentralistisch vom Staate erfüllt werden, auf die Kommunalverbände zu übertragen. Das ist nicht geschehen, um den Staat zu entlasten, sondern weil es einem fortschrittlichen Staatswesen nur auf diesem Wege möglich ist, die Entwickelung des Landes zu fördern und dabei gleichzeitig die Bevölkerung zur Mitarbeit an ihren Geschicken heranzuziehen, wie es in ähnlicher Weise bisher noch kein Parlament und kein parlamentarisches Wahlrecht gewährleisten kann. Der Kulturarbeit, welche die preußischen Kommunen geleistet haben und leisten, braucht sich Preußen weder vor dem Inlande noch vor dem Auslande zu schämen. (Lebhafter Beifall rechts.) Eine solche Gesetzgebung aber, die diesen Gedanken verfolgt, die damit nur ausgebaut hat, wozu Stein und Hardenberg den Grund legten, kann man nicht reaktionär nennen.

Nun zum Kapitel Polizeiwesen! Ich kenne keine Gesetzgebung, die wie die preußische in so minutiöser Weise den Rechtsstaat auszubilden versucht (Lachen links), und jede Polizeiübung so mit dem Schutze von Garantien umgibt. So weit sind wir gegangen, daß wir auf diesem Wege eine neue Art bureaukratischer Umständlichkeit und Vielschreiberei geschaffen haben, zu deren Beseitigung man jetzt um Hilfe ruft. Endlich, meine Herren, die behauptete einseitige Bevorzugung des Agrariertums zu ungunsten des vierten Standes! Dabei vergißt man doch ganz, daß fast die gesamte Gesetzgebung, wo eine solche Einseitigkeit hervortreten soll, von Preußen auf das Reich übertragen worden ist. Wollte man auch hier ein Wahlsystem verantwortlich machen, so wäre es nicht das Dreiklassenwahlrecht, sondern es wäre wiederum das Reichstagswahlrecht. (Sehr gut! rechts.) Wenn in allen diesen Beziehungen, die ich kurz gestreift habe, das Dreiklassenparlament so ganz versagt hätte, wenn es wirklich die rückschrittliche Politik getrieben hätte, die man ihm nachsagt, ohne die Dinge zu kennen, dann würde ich vielleicht die Leidenschaftlichkeit begreifen, mit der man in die radikale Aenderung unseres Wahlrechtes eintritt. Wie die Dinge aber liegen, ist es nicht zu begreifen. Oder lassen Sie mich von einem etwas veränderten Standpunkte aus folgendes sagen: Ich glaube ja nicht, daß der gemäßigte Liberalismus die preußische Gesetzgebung, wie ich die soeben in einigen Hauptpunkten flüchtig skizziert habe und an der er durchgehend selber mitgearbeitet hat, für so rückschrittlich hält. Ich glaube auch nicht, daß der gemäßigte Liberalismus der konservativen Partei im ganzen absolut rückschrittliche Tendenzen zuspricht. Was die Herren meinen, das ist das: sie behaupten, daß die Regierung in der Verwaltung und in der Anwendung der Gesetze die Konservativen einseitig bevorrechte. (Lebhaftes Sehr richtig! links.) Sie werden schon hören, wie weit das richtig ist, meine Herren! (Heiterkeit.) — Daß sie einseitig konservative Anschauungen vertrete, und daß sie das tue oder tun müsse unter dem Drucke der mit dem Dreiklassenwahlrecht übermächtig gewordenen konservativen Partei. (Lebhafte Zustimmung links.) Wir werden uns schon noch sprechen! (Heiterkeit.) Darum soll also das Wahlrecht geändert werden! Das führt mich zu der Stellung der Regierung zu den Parteien. Ich habe böse Dinge darüber zu hören bekommen, daß ich im Reichstage gesagt habe, wir könnten in Deutschland keine Parteiregierung haben. Widerlegt hat mich niemand und kann auch niemand. Wir müßten ja, abgesehen von allem anderen, zunächst einmal die staatsrechtliche Stellung des Bundesrats beseitigen, wenn wir zu einer Parteiregierung kommen sollten. Eine preußische Staatsregierung, die in dem Sinne sich als Parteiregierung etablieren wollte, daß sie einseitig die Geschäfte einer bestimmten Partei führt, daß sie sich als deren rerum quaestor oder als ihren Mandatar gebrauchen läßt oder — richtiger gesagt — mißbrauchen ließe, die würde dem historischen Preußen sein Ende vorbereiten, und eine Partei, die es beanspruchte oder die es auch nur versuchte, eine Regierung so in ihren Bann zu zwingen, würde der Totengräber Preußens sein. (Sehr richtig!) Preußen läßt sich nicht in das Fahrwasser des Parlamentarismus verschleppen, so lange die Macht seines Königtums ungebrochen ist. (Beifall rechts.) An der Macht dieses Königtums, dessen stolze Tradition es ist, ein Königtum für alle zu sein, wird nicht gerührt werden. (Beifall rechts.) Eine Regierung, die sich in den Dienst einer einzelnen Partei, und sei es auch der stärksten, stellte, die sich nicht in ihrem gesamten Organismus auch in ihrer Beamtenschaft Selbständigkeit gegenüber den Parteien bewahrte, die würde dem Lande einen halben Parlamentarismus vortäuschen, der außer allen übrigen Mängeln des Parlamentarismus noch den besonderen hätte, daß er innerlich unwahr und ungerecht wäre. (Sehr richtig! rechts.) Auch die konservative Partei will und muß ihre Unabhängigkeit und ihre Selbständigkeit gegenüber der Regierung wahren. (Lachen und Rufe links: Umgekehrt!) Je mehr Sie (zu den Konservativen) Ihre Stärke allein auf die eigene Kraft und die Ueberzeugung Ihrer Angehörigen begründen, um so besser wird es nicht nur für die Regierung und den Staat, sondern auch für Sie selbst sein, eine um so stärkere Stütze Preußens werden Sie damit werden. (Beifall rechts.) Aber dieselbe Unabhängigkeit auch der Regierung werde ich Ihnen gegenüber wahren. (Lachen links.) Ich habe in diesem Zusammenhang ausdrücklich und absichtlich die Beamtenschaft berührt. Das ist ein Punkt, auf den die Herren von den liberalen Parteien in der Wahlrechtsfrage immer wieder hinweisen und über den man sich mit voller Offenheit aussprechen muß. Sie

Bei den Dividendenwerten industrie-, Bank- u. Bahn-Aktien betragen die nachstehenden Stückzinsen 4 pCt., und zwar werden diese vom Beginn des Geschäftsjahres an auf den Kaufpreis gerechnet. Unverzinsliche Lospapiere, Aktien liquidierender Gesellschaften und Genußscheine von Bergwerken sind ohne Berechnung von Stückzinsen zu kaufen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191002162-17/fragment/page=0005

von der liberalen Seite behauptet vielfach, daß die politischen Beamten und insonderheit die Landräte nicht nur die Konservativen unterstützen, bei den Wahlen ihnen Handlangerdienste leisten (lebhaftes wiederholtes Sehr richtig! links), sondern daß sie auch eine freie Wahlentfaltung verhindern. (Erneute lebhafte Zustimmung links.) Der Beamte ist ein Diener des Staates. (Zuruf bei der Liberalen: Sollte er sein! Zuruf bei den Soz.: Ein Diener der Junker. Unruhe rechts.)

Der Beamte ist ein Diener des Staates und nicht Diener einer Partei. (Stürmischer Widerspruch links, vielfache Zurufe: So sollte es sein!) Wie die politischen Beamten die Regierungspolitik zu vertreten haben, gegenüber allen Parteien zu vertreten haben, darüber bestehen feste und allgemein bekannte Grundsätze. (Zurufe bei den Liberalen: Die werden nicht beachtet!) Jede Leugnung dieser Grundsätze würde den Zerfall des Staatsorganismus bedeuten. Natürlich muß der Beamte für seine Person eine feste politische Ueberzeugung haben. Sonst wäre er kein guter Beamter, sonst könnte er sich in seinem Amtsbezirk nicht die Achtung verschaffen, der er bedarf. Es werden aber hierbei an den Takt und an das Verantwortlichkeitsgefühl der Beamten große und schwere Anforderungen gestellt. Diese Anforderungen erhöhen sich dadurch, daß unsere Landräte durch die Dezentralisation der Staatsgeschäfte und durch die Entfaltung des kommunalen Lebens in eine Instanz gerückt sind, die sie zu Vertretern fast der gesamten Lebensinteressen der Kreisbevölkerung ohne Rücksicht auf die politische Richtung machen. Wenn sich aber die politischen Gegensätze — und Gott sei Dank ist das nicht der Fall — dazu auswachsen sollten, daß der Beamte seine Macht politisch mißbraucht, so kann das für den Staat nur verhängnisvoll sein. (Sehr richtig! bei den Liberalen.) Es würde das die Liebe zur Bevölkerung, die Treue zur staatlichen Mitarbeit gefährden, Eigenschaften, ohne welche ein Staat, wie Preußen mit seinem beispiellosen wirtschaftlichen Aufschwung nicht leben kann. Jede Verfemung des Andersdenken rächt sich. Deutschland und Preußen wissen davon ein trübes Lied zu singen. Denken Sie an die Zeiten der 20er und 30er Jahre des vorigen Jahrhunderts, erinnern Sie sich des Druckes, der auf dem Volke lastete. Aber so gut ich sage: wo ein solcher Mißbrauch stattfinden sollte, mißbillige ich ihn auf das entschiedenste (lautes Lachen links); lachen Sie nicht immer. Wenn Sie nichts Besseres dagegen einzuwenden haben, dann schweigen Sie lieber. (Lärm links, Zustimmung rechts.) Also ich sage, ich verurteile ebenso gut jeden Mißbrauch, wie ich jede Schikane verurteile. Alles das sind kleinliche Maßregeln, die weder für den Staat, noch für den Beamten, noch für die Partei würdig sind, für die sie geleistet werden. Aber dagegen protestiere ich, daß man unserem politischen Beamtentum, unseren Landräten in ihrer Allgemeinheit oder auch nur in einem irgendwie nennenswerten Umfang die Tendenzen in ihrer Amtsführung andichtet, von denen ich soeben gesprochen habe. Ich glaube das zu wissen, ich glaube das persönlich zu wissen. Ich habe lange genug selber im preußischen Verwaltungsdienst gestanden. Unsere Landräte sind mit den wirtschaftlichen Interessen ihres Kreises so verwachsen, sie gehen so in der Arbeit für diese Interessen auf, sie erfreuen sich auch in ihrer überwiegenden Mehrzahl so des Vertrauens ihrer Kreisbewohner, daß es ein Unrecht ist, Ausnahmen, die überall vorkommen, der Allgemeinheit zur Last zu legen und von Gebräuchen und Mißbräuchen einzelner auf den Geist zu schließen, der in der Verwaltung herrscht. (Lebhafter Beifall rechts.) Lassen Sie doch neben den Singularitäten, die in den meisten Fällen noch dazu falsch und aufgebauscht ihren Weg durch die Presse nehmen, die Tatsache nicht aus dem Auge, daß auch unsere Kreise für die wirtschaftliche Entwickelung des Landes Großes geleistet haben. Das weiß jeder, der sich auch nur einigermaßen um die Verhältnisse kümmert. Vergleichen Sie doch die Kreisetats aus dem Anfange der 70er Jahre mit den heutigen. Dann werden Sie sehen, in welchem Umfange die Kreise ihre Aufgaben erweitert haben. Diese ganze Tätigkeit, die sogar teils freiwillig geleistet wird, geht im letzten Ende zurück auf den Konsensus aller einzelnen. Glaubt man denn, daß die gemeinschaftliche, große Kosten verursachende Arbeit hätte geleistet werden können, wenn an der Spitze der Kreise Männer ständen, die politisch unduldsam gegen die Kreiseingesessenen wären. Ein gesundes Leben der Kreise, wie es sich bei uns entwickelt hat, wäre nicht möglich gewesen, wenn es an der entscheidenden Stelle krank wäre. (Sehr richtig! rechts.) Noch ein Wort über den Vorwurf, den man im Zusammenhang hiermit den Beamten macht. Man sagt, das preußische Beamtentum sei verknöchert. Der Geist eines Beamtentums wie das preußische ist nicht willkürlich, nicht zufällig. Es ist gewachsen und geworden mit der Geschichte, mit der Entwickelung des Staates, bei der, was man heute so gern vergißt, das Beamtentum wirklich keine unwürdige Rolle gespielt hat. Die ganze Geschichte der Entwickelung Preußens ist ein Zeichen dafür. Das hat seiner Art den strengen und vielfach barschen Charakter gegeben, durch den es das Errungene behauptet hat. Wenn Sie das konservativ nennen wollen — aber Preußen ist dadurch ein Staat geworden. (Beifall rechts.) Nicht immer hat dieser Geist sich gehalten, gerade seine besten Zeiten nach dem großen Aufschwung durch die Steinschen Reformen erstarrten bald wieder in Bureaukratismus. Die zahrleichen großen und kleinen Parteien, deren politische Kämpfe uns heute in Atem halten, würden den Bruch zwischen Staat und Bevölkerung herbeiführen, wenn die staatlichen Verwaltungen sich von irgend einer Partei abhängig machen. Der staatliche nationale Organismus Preußens, den wir erhalten wollen, kann nur erhalten werden, wenn er von einem freien und vorurteilslosen Geiste erfüllt ist. (Lachen links.) Ich habe diese Ausführungen gemacht, nicht um der preußischen Verwaltung eine Lobrede zu halten, ich habe dabei auch auf Mängel und Fehler hingewiesen, die zu ihrem Teile schuld sind an dem Mißmut, der weite Kreise des Volkes erfüllt. (Sehr richtig!) Dieser Unmut greift viel weiter und anderswo hin, als wohin Sie meinen, die Sie mir „Sehr richtig!" zurieffen. Hinter diesem ganzen Unmut steckt das unbehagliche Gefühl, daß wir nach dem Aufschwung, den wir genommen haben, uns kulturell in einer Periode der Stagnation befinden. (Sehr richtig!) Lassen Sie mich nur zwei Punkte herausgreifen. Die Sorge darum, ob wir mit der höheren wissenschaftlichen Erziehung und Bildung unserer Jugend noch auf dem richtigen Wege sind, erfüllt weite Kreise unseres Volkes mit Besorgnis. Wir werden uns der Lösung dieses Erziehungsproblems auf die Dauer nicht entziehen können. Und auf religiösem Gebiet. Ich will nicht von Konfessionen sprechen, es liegt mir auch fern, irgendwelche religiösen oder kirchlichen Ueberzeugungen anzutasten oder gar verletzen zu wollen, aber die tiefe religiöse Bewegung, die seit Jahren die weiten Schichten unseres Volkes durchzieht, gibt mir das Recht dazu, zu sagen, daß der Drang nach innerlich vertieftem religiösen Leben, der immer ein Grundpfeiler deutschen Wesens gewesen ist, hoffentlich für alle Zukunft bleiben wird, nicht mehr überall vorhanden ist. Ich bin abgeschweift. Aber man muß auf alle diese Quellen zurückgehen, um zu erkennen, weshalb diese Mißstimmung, von der ich sprach, in unserem Volke vorhanden ist, und diese Mißstimmung verlangt auch eine Reform des preußischen Wahlrechts. Man wiegt sich in der Hoffnung, daß darin der Anfang zu allem Guten gefunden sei, wenn erst das preußische Dreiklassenwahlrecht abgeschafft worden ist. Ich muß aber immer wieder betonen, daß das ein großer Fehlgriff für alle diejenigen ist, welche in der Demokratisierung des preußischen Staates nicht das große Heil erblicken, und damit komme ich auf meine vorigen Ausführungen zurück. Wem es darum zu tun ist, alle Anklänge an einen Klassenstaat zu beseitigen, wird mir zugeben, daß das Fragen der politischen Kultur und Erziehung sind, die viel weiter reichen als die Form des Wahlsystems, und soweit sie mit dieser Form des Wahlsystems zusammenhängen, behaupte ich, daß politische Kultur und Erziehung nicht gefördert werden, sondern leiden, je demokratischer das Wahlrecht gestaltet ist. (Sehr richtig! rechts.) Es hat eine Zeit gegeben, wo das Parlament die politische Bildung des Volkes ausmachte. Mir scheint diese Zeit vorüber zu sein. Was einer unserer bedeutendsten politischen Schriftsteller die Politisierung der Gesellschaft nannte, kann nur noch von den unteren Elementen der Gesellschaft und des Staates ausgehen. Dort wird der allgemeine formale Rahmen der Gesetzgebung von wirklichem Leben erfüllt. Dort, wo man die Wirkung der Gesetzgebung am eigenen Leibe fühlt, vollzieht sich die Erziehung zum staatlichen Verantwortlichkeitsgefühl, das die Grundlage allen politischen Lebens ist. Und vergleichen Sie, welchen Anteil nimmt denn das Volk an der Tätigkeit der Parlamente in seiner großen Masse. Ich spreche nicht von Fällen, wo Lebensfragen der Nation, wo die Frage, ob Krieg oder Frieden das Volk bis in seine Tiefen aufrührt. Das wäre nicht der richtige Maßstab. Aber welchen Anteil nimmt das Volk an der laufenden sachlichen Arbeit der Parlamente? Die Presse hat die Sitte aufgebracht, von dem Parlament Stimmungsbilder zu liefern, bei denen man häufig den Eindruck hat, als sollte das ein Bericht über eine Theatervorstellung sein. (Heiterkeit.) Verläuft die Sitzung ruhig und sachlich — und würde es sich selbst um die wichtigsten Gegenstände handeln — dann heißt es, daß öde Langeweile über dem Saale lagerte. Aber wenn ein großer Tag ist, dann wird davon gesprochen, welche Weste der Minister angelegt hatte. (Große Heiterkeit.) Und lustig wird es, wenn berichtet werden kann, daß der oder jener Abgeordnete temperamentvolle Angriffe gegen den Minister richtete, wobei er energische Töne fand und womöglich ein paar Ordnungsrufe erhielt. (Große Heiterkeit.) So wird das Volk verführt, in der Sensation den Kernpunkt der Politik zu finden. Ich will damit keine Kritik an der Tätigkeit der Presse üben, aber ich muß doch fragen, ob die Behauptung gerechtfertigt ist, daß die Parlamente das Zentrum sind, von dem aus politische Bildung und Erziehung auf die Volksmassen ausstrahlt, oder ob nicht umgekehrt die Demokratisierung des Parlamentarismus in allen Ländern dazu beigetragen hat, die politischen Sitten zu verflachen und zu verrohen (Sehr richtig! rechts) und den Fortschrittsprozeß zu hemmen, dessen wir dringend bedürfen und zu dessen Förderung jetzt die Reform des preußischen Wahlrechts gemacht wird. Ich habe alle diese Ausführungen gemacht, um einer Ueberschätzung des Wahlrechts in seinen Gründen und Wirkungen entgegenzutreten. Ich habe damit vielleicht Ihre Geduld übermäßig in Anspruch genommen. Aber wenn behauptet wird, daß die Wahlrechtsfrage im Mittelpunkt, im Zenith unseres gesamten politischen Lebens steht, dann konnte auch ich an den allgemeinen Fragen nicht ohne weiteres vorübergehen. Lassen Sie mich in kurzen Worten und in allgemeinen Zügen zunächst auf die Grundlagen der Reform eingehen, die wir Ihnen vorlegen. Mir ist mehrfach der Gedanke entgegengehalten worden, die Regierung müsse eine gründliche Liberalisierung des Wahlrechtes vorschlagen, sonst werde die Sozialdemokratie noch mehr gestärkt. Der Vorschlag leidet an zwei großen Fehlern. Erstens ist Furcht immer der schlechteste Ratgeber, und zweitens, glaubt man denn, daß die Sozialdemokratie sich mit irgend einem Wahlrecht begnügen würde, das sie nicht zur Herrschaft bringt? So unschuldig sind wir doch nicht, das zu glauben. Wenn wir aber bereits soweit sein sollten, daß große Teile der bürgerlichen Parteien zur Sozialdemokratie übergehen, weil ihnen das Wahlrecht nicht genügt, so trägt dieses daran nicht die Schuld, sondern der Mangel an staatlichem Sinn bei den Ueberläufern. (Zuruf links: Die Regierung ist schuld!) Die Regierung kann nur eine Reform vorschlagen, welche in Anknüpfung an das historisch Gewordene Bestimmungen beseitigt, die keine innerliche Berechtigung mehr haben, und die Vorlage trifft, daß das zu Erhaltende sich nicht zu schädlichen Formen auswächst. Das tut die Regierung in dem Entwurfe, und das zu tun ist ihre Pflicht. Wie oft wird in der Wahlrechtsagitation das bekannte Verdikt des Fürsten Bismarck über das Dreiklassenwahlrecht zitiert, namentlich von denjenigen, die seinerzeit die erbittertsten Gegner Bismarcks waren. (Sehr gut! rechts.) Daß Bismarck trotz dieses Verdikts in 30jähriger Tätigkeit das Wahlrecht nicht geändert hat, daß er am Ende seines Lebens, als er die Entwicklung in Deutschland und Preußen überschaute, in seinen Gedanken und Erinnerungen eine ganz andere Anschauung bekundet hatte, das wird übersehen. (Sehr richtig! rechts.) Man stellt eben Bismarck als den Theoretiker hin, der uns das Reichstagswahlrecht gegeben habe, weil er es für das vollkommenste gehalten hätte, und das Dreiklassenwahlrecht verdammt habe. Aber er hat es nicht geändert. Wenn man Bismarck zum Kronzeugen für eine radikale Reform des Wahlrechts anruft, so ist das also eine grenzenlose historische Voraussetzungslosigkeit. Lesen Sie doch die Rede vom 28. März 1867 durch, in der Sie jene Kritik des Dreiklassenwahlrechts finden. Darin sagt Bismarck vom Reichstagswahlrecht, dessen Mängel er ausdrücklich anerkennt, daß es uns überkommen sei als ein Erbteil der Entwickelung deutscher Einheitsbestrebungen. Es sei eben da gewesen. Die verbündeten Regierungen hätten genommen, was vorlag und wovon sie glaubten, daß es am leichtesten annehmbar sein würde, weitere Hintergedanken hätten sie nicht gehabt. Ich glaube, schärfer und präziser kann der rechtliche und geschichtliche Geist Bismarcks in der Politik gar nicht gekennzeichnet werden, und auch die heutige Regierung muß sich auf diesen geschichtlichen Boden stellen, sie kann nur an das geschichtlich Gegebene anknüpfen, und wenn sie das tut, muß sie untersuchen, ob und wann sie das tut, muß sie untersuchen, ob und was veraltet ist, und was sie als veraltet ansieht, muß sie beseitigen. Das ist ihre Pflicht, und auf dieser Grundlage ist der Entwurf aufgebaut. Auf die einzelnen Bestimmungen der Vorlage will ich hier nicht eingehen, nur einen Punkt, einen negativen, will ich kurz hervorheben. Der Entwurf hält am öffentlichen Wahlrecht fest. Er ist um deswillen von vornherein für unbrauchbar, für unwürdig, für unanständig erklärt worden! (Sehr richtig! links.) Das ist ja das Votum, mit dem man bis in die gebildetsten Kreise der Bürger hinein die Einrichtungen des eigenen Staates zu belegen liebt! (Lebhafte Zustimmung rechts.) Die Frage der öffentlichen und der geheimen Stimmabgabe ist auch eine Ueberzeugungssache. Das öffentliche Wahlrecht hat so gut seine Vorzüge und Nachteile wie das geheime. Wir haben das öffentliche. Sollen wir von ihm abgehen, so müssen wir überzeugt werden, daß das geheime Wahlrecht theoretisch und praktisch das für Preußen absolut bessere sei. (Sehr richtig! rechts.) Die Regierung steht dieser Frage ganz anders gegenüber als vielleicht der einzelne Politiker. Der einzelne Politiker kann von den Vorzügen des geheimen Wahlrechts auf das leidenschaftlichste überzeugt sein und es deshalb mit der größten Energie verfechten. Die Regierung hat zu fragen, ob sie ein bedeutungsvolles, prinzipielles, bestehendes Recht, das für sie die Grundlage der Reform bildet, preisgeben soll oder nicht. Die Geheimhaltung der Stimmabgabe, so meint man, soll es dem Wähler ermöglichen, in voller Unabhängigkeit seiner eigenen politischen Ueberzeugung Ausdruck zu geben. (Sehr richtig! links.) Man soll doch den Begriff dieser Unabhängigkeit nicht übertreiben. Unser ganzes Leben setzt sich aus Abhängigkeiten zusammen. (Heiterkeit.) Ganz frei, ganz unabhängig, sozusagen in der Luft schweben, ist ein Phantom. Die Abhängigkeit, die des Lebens Notdurft schafft, ist die „gottgegebene Abhängigkeit", von der Bismarck einmal spricht. Die Abhängigkeit, die der Kampf der Parteien nicht zufällig mit sich bringt, nein, sich ausdrücklich zum Ziele setzt, diese Abhängigkeiten begleiten den Wähler auch in die Isolierzelle des Wahlraums hinein, und es ist der dringende und heiße Wunsch jeder Parteileitung, daß ihre Angehörigen bei der Abgabe ihrer Stimmzettel sich ihrer Abhängigkeit recht lebhaft erinnern. Man sagt, die geheime Stimmabgabe mache die Wähler von der Rücksicht auf wirtschaftliche, soziale, religiöse Dinge unabhängig. Aber es ist falsch, was jetzt in diesen Tagen vielfach behauptet wird, daß die Abhängigkeitsverhältnisse, von denen ich gesprochen habe, in unseren gegenwärtigen Zeiten stärker seien als damals, wo das preußische Wahlrecht eingeführt wurde. Im Gegenteil. Das patriarchalische Verhältnis, das zu jener Zeit die Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern in weitem Umfange beherrschte, ist zum Teil heute nicht mehr vorhanden. Wer im praktischen Leben steht, weiß, in wieviel Fällen es schwer ist, einen Arbeiter zu finden und festzuhalten, und daß auch der Arbeiter namentlich immer unabhängiger geworden ist, wie darüber hinaus alle Unabhängigkeiten des Lebens nicht verschwunden, aber in ihrer Wirkung geschwächt sind. Die guten Absichten des Gesetzgebers, dem Wähler in der geheimen Stimmabgabe den Ausdruck der eigenen politischen Ueberzeugung zu ermöglichen, schafft noch nicht Unabhängigkeit. Die geheime Stimmabgabe verhilft unleugbar dazu, alle inneren und geistig schwächeren Wähler unfrei zu machen gegenüber den Einflüssen materieller Instinkte und persönlicher Verstimmungen und dergleichen. Darum hat die Sozialdemokratie beim geheimen Wahlrecht soviel mehr Mitläufer wie beim öffentlichen. Darum ist die Sozialdemokratie, die doch sonst den Fanatismus der Oeffentlichkeit hat, eine so begeisterte Anhängerin des geheimen Wahlrechts. (Sehr richtig! links.) Die Sozialdemokratie, die immer nüchterne und praktische Realpolitik treibt, schätzt also den Sukkurs, der ihr aus den Mitläufern bei der geheimen Wahl erwächst, höher ein als die Hilfe, die sie bei öffentlicher Wahl durch den Terrorismus erzielt, und daß die Sozialdemokratie Terrorismus in sehr viel größerem Umfange treibt als irgend eine andere Partei, das ist hier in diesem hohen Hause und in der Presse des öfteren ausgeführt. (Lebhafte Zustimmung rechts. Zurufe bei den Soz.: Pfui!)

Danach ergibt sich die Gegenrechnung für alle bürgerlichen Parteien von selbst. Sie verlieren in ihrer Gesamtheit nicht viel, und zwar nicht, weil sich bei der geheimen Wahl persönliche politische Ueberzeugung frei betätigen kann, sondern weil mangelndes staatliches Verantwortlichkeitsgefühl unter dem Schleier des Geheimnisses Einflüssen nachgibt, zu denen es sich öffentlich nicht zu bekennen wagt. (Lebhafter Beifall rechts.) Aus allen diesen Gründen hält die Regierung an der überkommenen Oeffentlichkeit der Wahl fest. (Lebhafter Beifall rechts.)

Die Vorlage hat weit über Preußens Grenzen hinaus in Deutschland Interesse wachgerufen. Ich bin der Zustimmung der großen Mehrheit dieses hohen Hauses gewiß, wenn ich die Stimmen mit Entschiedenheit zurückweise, welche für das Reich eine Kontrolle über dasjenige vindizieren, was wir hier beraten und beschließen wollen. (Beifall.) Es ist vollkommen berechtigt an sich, daß man sich in ganz Deutschland dafür interessiert, wie sich in dem führenden Bundesstaate die Verfassung gestaltet. Aber es ist für viele Kreise der praktische Wunsch dabei vorhanden, es möge Preußen durch ein modernes Wahlrecht so demokratisiert werden, daß ein im letzten Ende auch demokratisierter Bundesrat die Geschicke des Reiches bestimmen möge. (Sehr richtig! rechts.) Das ist eine Entwickelungslinie, der wir widerstreben und der wir widerstreben müssen, gerade mit Rücksicht auf das im Reich geltende Wahlrecht. (Lebhafter Beifall rechts.) Vielfach wird gefordert, daß unsere konstitutionelle Entwickelung in den verschiedenen Bundesstaaten homogene Bahnen einschlagen müsse. Das ist eine dogmatische Forderung ohne jedes Verständnis für Deutschlands Geschichte, für seine Kultur. Wenn es deutschem Wesen und deutscher Kultur entspräche, daß wir den Norden und den Süden in gleiche politische Formen preßten, dann hätte sich im Laufe der tausendjährigen deutschen Geschichte längst der zentralistische Einheitsstaat entwickelt. Daß dies nicht geschehen ist, ist nicht ein Zufall der Geschichte, sondern liegt in einem tiefen Zuge des deutschen Wesens, der, wenn er auch die Quelle unseres politischen Elends war, doch mit dem Reichtum und der Innerlichkeit deutscher Kultur und allem, was sie geschaffen hat, eng zusammenhängt. Der individualistische Zug im deutschen Wesen, der starke Isolierungstrieb, wie es Bismarck einmal nannte, hat es lange verhindert, eine politische Form zu finden, hat Jahrhunderte lang Deutschland zum Spielball fremder Interessen gemacht. Aber als endlich die Form gefunden wurde, weil sie gegen das Ausland gefunden werden mußte, da konnte es nur der föderative Staat sein, in dessen Wesen es eben liegt, daß die einzelnen Teile ihre durch Geschichte, durch Kultur und Charakter der Stämme gegebene Eigenart frei entfalten können, ohne daß das Ganze Schaden erleidet. Wir können und wir wollen diese Eigenarten der bayerischen und schwäbischen und sächsischen Stämme und wie sie auch heißen, nicht missen, diese Eigenarten, die sich nicht nur in den Sitten und Gewohnheiten der Bevölkerung, sondern auch in politischen Formen der Staaten aussprechen, als einen Teil unseres eigenen Deutschtums achten. Aber ebenso soll man uns auch nicht unsere preußische Eigenart verkümmern. (Zustimmung.) Man soll mit den Schlagworten wie „agrarisch", „reaktionär" Preußen nicht in Verruf bringen. Das dient weder dem deutschen Ansehen, noch der deutschen Einheit. (Zustimmung.) Denn schließlich ist doch Preußen und Preußens Eigenart es gewesen, die nicht an letzter Stelle bei der Wiedererstehung des Reiches mitgearbeitet hat. (Lebhafter Beifall.) Aber diese Tatsache schließt auch eine Verpflichtung in sich. Ich will mit Berufung auf sie sagen, daß nicht etwa in Preußen auf alle Dauer alles beim Alten bleiben müsse, daß Ueberlebtes erhalten und verteidigt werden müsse. Preußen muß sich im Zusammenhang mit der ganzen deutschen Entwickelung erhalten. Dazu gehört nicht nur Achtung und Verständnis für die besondere politische und Kulturkraft, sondern vor allem, daß sich Preußen selbst stark erhält und daß dann auch diese seine Stärke sich beim Reiche dienstbar macht. Wenn Sie — und damit will ich schließen — bei der Beratung der gesamten Wahlrechtsfrage neben dem agitatorischen Beiwerk auch solche Gesichtspunkte, wie ich sie eben angegeben habe, zu ihrem Rechte kommen lassen, dann werden Sie Beschlüsse finden, die dem Wohle nicht nur Preußens, sondern auch des Deutschen Reiches dienen. (Stürmischer Beifall rechts, Zischen bei den Soz., darauf erneuter Beifall rechts.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16872166X191002162-17/fragment/page=0006